

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

21. Jahrgang 1973

3. Heft / Juli

MATTHIAS RIEDEL

BERGBAU UND EISENHÜTTENINDUSTRIE IN DER UKRAINE UNTER DEUTSCHER BESATZUNG (1941–1944)

Verzögerungen und Reibungen, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen und später auch im Westen bei der Nutzung der Wirtschaftskraft der besetzten Gebiete aufgetreten waren, sollten bei dem nächsten großen Schlag, dem Rußlandfeldzug, von vornherein durch detaillierte Planung weitgehend vermieden werden. Lange ehe der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte, begannen intensive Vorbereitungen für die systematische wirtschaftliche Ausbeutung des Landes nach seiner Eroberung.

Nachdem Göring dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts im OKW, General Thomas, im November 1940 die Weisung gegeben hatte, „Überlegungen über die geplante Ostoperation“ anzustellen¹, liefen die Vorarbeiten für das bevorstehende Unternehmen bereits um die Jahreswende 1940/41 auf vollen Touren. Zunächst ging es darum, unter Heranziehung von Behörden, Wirtschaftsstellen und Persönlichkeiten, die Kenntnisse über Rußland besaßen, z.B. auch der am Rußlandgeschäft in der Weimarer Zeit beteiligt gewesen Ingenieure und Kaufleute deutscher Firmen, Sachmaterial über die sowjetische Wirtschaft zusammenzustellen. Ein eingehendes Bild der russischen Rüstungsindustrie, ihrer Standorte, Leistungsfähigkeit und Zusammenhänge, der Nichtrüstungswirtschaft, des Energie- und Verkehrsnetzes sowie der Rohstoffvorkommen sollte geschaffen, Kartenmaterial bereitgestellt und ein Verzeichnis aller wichtigen Betriebe der Sowjetunion angelegt werden. Die Untersuchungen des von Thomas eingesetzten „Arbeitsstabes Rußland“ kamen zügig voran, so daß der General schon am 13. Februar 1941 eine umfangreiche, zur Vorlage bei der Obersten Führung bestimmte Ausarbeitung seiner Dienststelle über „Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten“² unterzeichnen konnte. Nachdem er weitere Richtlinien von Göring erhalten hatte, ging Thomas Ende des Monats daran, unter dem Decknamen „Oldenburg“ eine Organisation aufzubauen, die dem Reichsmarschall unterstehen, von der Militär- bzw. Zivilverwaltung völlig unabhängig sein sollte und die zweifache Aufgabe hatte, den Vormarsch unmittelbar hinter der vordersten Front zu

¹ Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1945/1945)*, hrsg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard 1966, S. 267.

² Ebenda, S. 514ff.

begleiten, um die Zerstörung von Vorräten zu vermeiden und den Abtransport wichtiger Güter sicherzustellen sowie die besetzten Industriebezirke zu verwalten und „auszuwerten“, wie der Terminus lautete³. Ihre Hauptaufgabe sollte in der Erfassung von Rohstoffen und der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Dafür waren Fachleute erforderlich, insbesondere Ingenieure und Techniker, die in der Lage waren, mit den erbeuteten Materialien und Anlagen etwas anzufangen. Deshalb sollten „zweckmäßiger Weise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden“⁴, denn nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen, so glaubte Thomas, konnte z. B. auf dem Braunkohle-, Erz-, Chemie- und Erdölsektor erfolgreiche Arbeit geleistet werden.

Am 29. April 1941 erläuterte Thomas Vertretern der Wehrmachtteile in allen Einzelheiten den ins Auge gefaßten organisatorischen Aufbau der Wirtschaftsverwaltung im Operations- und den politischen Verwaltungsgebieten. Unter dem Reichsmarschall und dem Wirtschaftsführungstab (später Wirtschaftsführungstab Ost) sollte als oberste Zentralstelle im Gebiet des Unternehmens selbst der Wirtschaftsstab z. B. V. Oldenburg (später Wirtschaftsstab Ost) stehen. Diesem sollten in örtlicher Aufgliederung fünf Wirtschaftsinspektionen, 23 Wirtschaftskommandos und zwölf Außenstellen unterstellt sein⁵. Am 9. Juni trat der Wirtschaftsstab Ost offiziell ins Leben. Zu seinem Inspekteur wurde auf Grund seiner Rußlanderfahrungen General Schubert ernannt, der früher Militärattaché in Moskau gewesen war⁶.

Nachdem die wehrwirtschaftliche Vorbereitung des Ostfeldzuges von seiten des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts „mit größter Energie und in größtem Ausmaß“⁷ betrieben worden war, standen bei Beginn der Operation die wehrwirtschaftlichen Einheiten planmäßig zur Verfügung. Thomas war stolz darauf, ganze Arbeit geleistet zu haben. Seiner Dienststelle war es gelungen, „hervorragendes Sachmaterial“⁸ zusammenzutragen, das sich später bei der Durchführung der Operation und der Verwaltung der besetzten Gebiete als sehr wertvoll erweisen sollte. Über das Ergebnis der intensiven Bemühungen seines Amtes bemerkte er: „Die theoretische Vorbereitung, d. h. die Ausrüstung der einzusetzenden Wehrwirtschaftsorganisation und der in Rußland einmarschierenden Truppen mit dem notwendigen wehrwirtschaftlichen Material, war . . . mustergültig durchgeführt worden, und es kann festgestellt werden, daß noch nie ein Heer mit wehrwirt-

³ Aktennotiz aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt über eine Besprechung bei General Thomas am 28. 2. 1941, Nürnberger Dokument (künftig Nbg. Dok.) 1317-PS, in: D. Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internat. Militärgerichtshof, Nürnberg 1948 (künftig zit. IMT), Bd. XXVII, S. 169 ff.

⁴ Ebenda, S. 170 f.

⁵ Vgl. Aktennotiz aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt über eine Besprechung mit den Wehrmachtteilen am 29. 4. 1941, Nbg. Dok. 1157-PS, IMT, Bd. XXVII, S. 32 ff.

⁶ Vgl. Thomas/Birkenfeld, a. a. O., S. 258.

⁷ Ebenda, S. 266.

⁸ Ebenda, S. 262.

schaftlichem Material über das Feindesland so ausgerüstet gewesen ist, wie das deutsche in Rußland. Reichsmarschall Göring erkannte diese Vorbereitungen dem Chef WiRüAmt gegenüber mit höchsten Worten des Lobes an.⁹

Was in der Phase der streng geheimen Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion zwischen Hitler und Göring längst vereinbart worden war, bestätigte Hitler eine Woche nach Beginn des Rußlandfeldzuges in einem Erlaß über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten¹⁰: Göring hatte danach die Oberleitung bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der eroberten Teile der Sowjetunion. Als Beauftragter für den Vierjahresplan hatte er im Rahmen der ihm als solchem zustehenden Befugnisse alle Maßnahmen anzuordnen, „die zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zu Gunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich“ waren¹¹. Er hatte das Recht, auch den Dienststellen der Wehrmacht unmittelbar Weisungen zu erteilen. Göring beeilte sich, seine Richtlinien herauszugeben. In einem grundlegenden Erlaß vom 27. Juli 1941¹² bestimmte er, es sei nicht das Ziel der Wirtschaftsführung in den besetzten russischen Gebieten, die gesamte Wirtschaft wieder baldigst in Ordnung zu bringen. Vielmehr zwingen die Größe des russischen Raumes und die Knappheit an geeigneten Fachkräften zu klarer Schwerpunktbildung bei den Wirtschaftszweigen, die für die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend seien. Als diese Schwerpunkte bezeichnete er Getreide, Ölsaaten, Erdöl und Leichtmetall, außerdem die Industrien, die wie die landwirtschaftliche Maschinen- und die Transportmittelindustrie die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Hauptaufgaben bildeten. Nach Görings Anordnung mußte die Ausnutzung aller sonstigen Wirtschaftszweige so lange zurücktreten, „bis die deutschen Interessen auf den genannten kriegsentscheidenden Sektoren im vollen Umfange sichergestellt waren“¹³. Für einige wichtige Bereiche, nämlich die russische Landwirtschaft, die Erdölwirtschaft, die Kohlen- und Eisenwirtschaft sowie den Eisenerzbergbau und die Spinnstoffwirtschaft, gegebenenfalls später auch für andere Wirtschaftszweige, sollten Monopolgesellschaften gegründet oder das alleinige Handelsrecht bereits bestehenden Firmen, z. B. der Kontinentale Öl A.G., übertragen werden. Diese Monopolgesellschaften sollten nur eine Übergangslösung darstellen und einheitlich für einen fest begrenzten Zeitraum ins Leben gerufen werden. Göring schwebte ferner vor, während einer Übergangszeit besonders wichtige Industrie- und Handelsbetriebe auch von deutschen Unternehmern als Einzeltreuhändern leiten zu lassen. Er stellte jedoch klar, daß die mit starker Staatsaufsicht verbundene Treuhänderverwaltung keineswegs als Endlösung gedacht war.

⁹ Ebenda, S. 266.

¹⁰ Erlaß des Führers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten vom 29. Juni 1941, Nbg. Dok. EC-207.

¹¹ Ebenda.

¹² Nbg. Dok. NI-3777.

¹³ Ebenda, S. 1.

Vielmehr strebte er an, russische Betriebe „sobald als möglich“¹⁴ an deutsche und – wenn der Inhaber der vollziehenden Gewalt dem zustimmte – auch an einheimische Unternehmer zu verpachten. Ob nun Einzeltreuhänder oder Monopolgesellschaften tätig wurden, sie alle hatten sich an die von Göring festgelegte Generallinie zu halten: „Grundsätzlich ist für die Auswahl der Mittel, mit denen die kriegswichtigen Wirtschaftszweige verwaltet werden sollen, allein der Gesichtspunkt der sachlichen Zweckmäßigkeit entscheidend, d. h. die Frage, wie eine möglichst hohe Leistung erzielt werden kann.“¹⁵

Die in Görings Erlaß vorgesehene Monopolgesellschaft, die auf dem Gebiet der Kohlen- und Eisenwirtschaft tätig werden sollte und bereits als noch zu gründende „Ostland Berg- und Hüttenwerksgesellschaft m.b.H.“ erwähnt wurde¹⁶, wurde einen Monat später, allerdings unter einer abgeänderten Bezeichnung, geschaffen. Vor dem Berliner Notar Krische erschienen am 20. August 1941 im Reichswirtschaftsministerium Generalleutnant von Hanneken, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hayler, Leiter der Reichsgruppe Handel, Dr. Steckhan, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handel, Dr. Pinkerneil, Mitglied der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Bergbau, und Dr. Reichert, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie, und gründeten als Vertreter des Deutschen Reiches, der Reichsgruppe Handel, der Wirtschaftsgruppe Bergbau und der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie eine Gesellschaft unter der Firma „Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H.“¹⁷. Im Gesellschaftsvertrag wurden als Gegenstand der Gesellschaft die Gewinnung, Aufbereitung, Bearbeitung, Verarbeitung, Verwertung und Verteilung von Kohle, von Erzen, die zur Eisen- und Stahlerzeugung erforderlich sind, von Eisen und von Erzeugnissen der Eisenverarbeitung sowie der Absatz der dabei anfallenden Erzeugnisse und Nebenprodukte genannt. Die Gesellschaft hatte das ausschließliche Recht, die in den besetzten Gebieten der Sowjetunion vorhandenen Werksanlagen des Kohle- und Erzbergbaues, der eisenschaffenden Industrie, der Gießereindustrie und die damit unmittelbar zusammenhängenden Werksanlagen der eisenverarbeitenden Industrie zu betreiben und zu nutzen, und war zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, die der Förderung des Gesellschaftszweckes dienten. Sie war insbesondere dazu ermächtigt, von ihr verwaltete Betriebe oder Betriebsteile stillzulegen oder zu schließen, sie zu verpachten oder durch Weitergabe an andere Unternehmen zu verwerten. Von dem Stammkapital in Höhe von 60 000 RM brachten das Deutsche Reich 45 000 RM, die drei anderen Gesellschafter je 5000 RM ein. Die Gesellschaft sollte am 31. Dezember 1944 endigen, sofern nicht vorher mit Zustimmung oder auf Verlangen des Beauftragten für den Vierjahresplan die Auf-

¹⁴ Ebenda, S. 4.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda, S. 3.

¹⁷ Vgl. Gesellschaftsvertrag der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. vom 20. 8. 1941, Nbg. Dok. NI-4565.

lösung oder die Verlängerung beschlossen wurde. Ihre Organe, die Geschäftsführer, der Verwaltungsrat und die Gesellschafterversammlung, unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers.

Zum Chef der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost hatte Göring, noch ehe der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet war, den Generaldirektor der Reichswerke A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Pleiger, bestimmt. Pleiger genoß in besonderem Maße Görings Vertrauen und war dessen „Industriemanager“. Er hatte 1937 gegen den erbitterten Widerstand einflußreicher Eisen- und Stahlindustrieller, vor allem des rheinisch-westfälischen Reviers, zur Verwertung der Fe-armen, sauren Inlandserze die Gründung der Reichswerke und den Bau der Salzgitter-Hütte durchgesetzt, unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs die Weichen für die Errichtung einer Reichswerke-Hütte in Linz gestellt, den Hermann-Göring-Werken Zug um Zug zahlreiche in- und ausländische Unternehmen angegliedert und sie zu einem riesigen Konzern gemacht. Pleiger, von dem ein Kritiker behauptete, daß er „das Schwungrad für die Industrie“, „das Beispiel dafür, daß alles möglich zu machen ist“¹⁸, gewesen sei, war für Göring der Garant dafür, daß die Wiedereingangssetzung bzw. Ausschlichtung der eroberten russischen Bergbau- und Hüttenbetriebe mit allem Nachdruck betrieben und alles getan würde, um aus den hinzugewonnenen Kapazitäten im Interesse der deutschen Kriegsproduktion den größten Nutzen zu ziehen. Außerdem konnte der Beauftragte für den Vierjahresplan sicher sein, daß Pleiger, wenn es zur Verteilung einzelner Werke an deutsche Firmen kommen sollte, rechtzeitig dafür sorgen würde, daß die „Rosinen“ den Reichswerken vorbehalten blieben, wie es auch in Polen und Frankreich der Fall gewesen war. Pleiger besaß nicht nur Erfahrungen im Aufbau und der Leitung von Werken der Montanindustrie, sondern ihm stand, da nach Kriegsbeginn das Tempo der Fertigstellung der Salzgitter-Hütte stark gedrosselt und das Bauprogramm erheblich eingeschränkt worden war, auch ein eingearbeitetes Team von Berg- und Hütteningenieuren zur Verfügung, das abkömmlich war und in den neu besetzten Gebieten gleichsam als „Feuerwehr“ eingesetzt werden konnte. Dem Reichswerkechef war als Geschäftsführer in der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost – später führte er nach Erweiterung der Geschäftsführung die Bezeichnung Hauptgeschäftsführer – von Anfang an eine starke Position zgedacht, was schon der letzte Abschnitt des Gesellschaftsvertrages erkennen läßt: Die Gründer bevollmächtigten Pleiger ausdrücklich, für den Fall von Beanstandungen des Registergerichtes die erforderlichen Abänderungen des Gesellschaftsvertrages von sich aus zu beschließen und anzumelden¹⁹.

¹⁸ Erklärung des ehemaligen stellvertretenden Leiters des Geheimen Staatspolizeiamtes, Rudolf Diels, vom 17. 6. 1947 (Bundesarchiv R7 X/453, auch: Institut für Zeitgeschichte ZS 537, Bd. III, Bl. 28).

¹⁹ Vgl. Gesellschaftsvertrag der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. vom 20. 8. 1941, § 21, Nbg. Dok. NI-4565, S. 11.

Als die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost gegründet wurde, waren deutsche Truppen schon weit vorgestoßen und gerade im Begriff, wichtige Zentren des sowjetischen Bergbaus und der Eisenhüttenindustrie zu erobern. Der dem Wirtschaftsstab Ost als Sachverständiger für den gewerblichen Sektor beigegebene Ministerialdirektor Dr. Schlotterer vom Reichswirtschaftsministerium hielt sich bereits in der Ukraine auf, um Sofortmaßnahmen einzuleiten, und erstattete in diesen Tagen seinen ersten Bericht über Kriwoj Rog und Nikopol²⁰. Sowohl an den Anlagen des Eisenerzbergbaus in Kriwoj Rog als auch an denen des Manganerzbergbaus in Nikopol hatten die Sowjets vor ihrem Rückzug umfassende Zerstörungen vorgenommen. In Kriwoj Rog waren durch schwere Sprengungen die Fördereinrichtungen und die elektrischen Installationen erheblich beschädigt, in Nikopol die hölzernen Fördertürme und der hölzerne Schachtausbau durch Feuer zerstört. Viel wichtiger als das hochwertige Eisenerz von Kriwoj Rog war indessen für die deutsche Kriegswirtschaft das für die Qualitätsstahlerzeugung und damit für die Produktion bestimmter Waffen benötigte Manganerz aus Nikopol. Ehe die Sowjetunion von deutschen Truppen angegriffen worden war, hatte sie durch umfangreiche Manganerzlieferungen einen bedeutenden Beitrag zur Kriegsrüstung Deutschlands geleistet. 1940 entfielen von der sowjetischen Gesamtausfuhr an Manganerz 40,7 % auf die Ausfuhr nach Deutschland. Von den 119000 t Manganerz, die Deutschland 1940 einfuhrte, stammten 65000 t, von den 116000 t, die im ersten Halbjahr 1941 importiert wurden, 75000 t aus der Sowjetunion²¹. Da Deutschland nicht über nennenswerte Manganerzvorkommen verfügte und durch den Angriff auf die UdSSR seinen Hauptlieferanten verloren hatte, drohte der deutschen Stahlindustrie ein Engpaß in der Versorgung mit Manganerz. Die Eroberung von Nikopol bot die Chance, die gestoppte Zufuhr aus Rußland wieder in Gang zu setzen. Hier mußte der Hebel zur Sicherstellung des deutschen Manganerzbedarfs angesetzt werden. Der Beauftragte des Wirtschaftsstabes Ost stellte nach der Befahrung von Kriwoj Rog und Nikopol fest: „Die deutsche Bedarfslage verlangt, daß die Manganerzförderung in Nikopol kurzfristig wieder aufgebaut wird. Ihr gegenüber muß Kriwoj Rog zurücktreten, um so mehr, als die Erzproduktion in Kriwoj Rog erst dann wieder wirtschaftlichen Wert haben wird, wenn die bergbaulichen Anlagen im Kohlengebiet Donez und die Eisen- und Stahlwerke in der Gesamtukraine wieder in Betrieb sind.“²² Er ordnete die sofortige Inangriffnahme der Aufräumarbeiten in Nikopol und die Feststellung der in Kriwoj Rog noch vorhandenen verwendungsfähigen und für Nikopol geeigneten Fördermittel und Werkzeuge an. In Kriwoj Rog wurden einige Holzläger für den Wiederaufbau der

²⁰ Vgl. Bericht Dr. Schlotterer, Wirtschaftsstab Ost, über Kriwoj Rog und Nikopol vom 26. 8. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

²¹ Vgl. Ferdinand Friedensburg, Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich, in: Vierteljahrshefte für Wirtschaftsforschung, 1962, S. 356.

²² Bericht Dr. Schlotterer, Wirtschaftsstab Ost, über Kriwoj Rog und Nikopol vom 26. 8. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

Schachtanlagen und die Errichtung von Fördertürmen in Nikopol sichergestellt und eine sofortige Suchaktion nach den von den Sowjets ausgebauten und verschleppten Anlageteilen, die sich nach Aussage russischer Arbeiter in Eisenbahnwaggons auf den Strecken im Raum westlich des Dnjeprs befanden, eingeleitet.

Die von den Russen vorgenommenen Lähmungen und Zerstörungen versetzten deutsche Fachleute in Erstaunen. In den meisten Werken war gründliche Arbeit geleistet und dafür gesorgt worden, daß die Anlagen entweder gar nicht oder jedenfalls nicht in absehbarer Zeit wieder in Betrieb genommen werden konnten. In dem modernen Hüttenwerk Kriwoj Rog waren in den ersten Augusttagen die Hochöfen ausgeblasen, und zugleich war das Kühlwasser abgeschaltet worden. Um die Öfen nachhaltig unbrauchbar zu machen, hatte man zuletzt Erz, Kalk und Ziegelsteinabfälle ohne gleichzeitige Koksabgabe eingesetzt. Die Windformen waren herausgenommen und verschleppt, die Düsenkästen abgedichtet und vermauert worden²³. Da sich Kriwoj Rog und Nikopol schon Mitte August 1941, also noch nicht einmal zwei Monate nach Beginn des Rußlandfeldzuges, in deutscher Hand befanden, wunderten sich deutsche Berg- und Hüttenleute vor allem darüber, daß es den Sowjets in so kurzer Zeit gelungen war, selbst schwere Ausrüstung zu demontieren und abzutransportieren. Zum Beispiel waren in verschiedenen größeren Hüttenwerken der Ukraine komplette Blockwalzwerke mit Stückgewichten einzelner Maschinen von bis zu 100 t abgebaut und fortgeschafft worden²⁴. Anlagen, deren Demontage wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr möglich gewesen war oder die wegen ihrer Größe nicht ohne weiteres hatten verladen werden können, waren zum größten Teil gesprengt worden. In den meisten Fällen stellte die Verschleppung von Maschinen ein wesentlich schwierigeres Hindernis für die Wiederinbetriebnahme von Werkteilen dar als die durch Sprengungen verursachten Schäden. Denn durch die gezielte Entnahme bestimmter Ausrüstungsgegenstände war es möglich, ein ganzes Werk, mochte es auch nur wenige Zerstörungen aufweisen, vollkommen zu lähmen. Zum Beispiel wurde in der Hütte Kriwoj Rog der friedensmäßige Bestand an Elektromotoren auf 2000 Stück geschätzt. Davon waren, als deutsche Truppen das Werk eroberten, nur noch etwa 50 vorhanden²⁵.

Am 1. September 1941 übernahm die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost die Betriebe in Kriwoj Rog und Nikopol. Schon wenige Tage später trafen Spezialisten der Hermann-Göring-Werke für den Bergbau und das Bergbaumaschinenwesen, darunter der Leiter der Abteilung Bergbau der Reichswerke, Dr. Ende²⁶,

²³ Vgl. Wirtschaftsstab Ost, Einzelberichte über Hüttenwerke im Dnjeprbogen, Bericht Nr. 2 vom 21. 9. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/58).

²⁴ Vgl. Dr. Friedrich Kocks in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 202, S. 2.

²⁵ Vgl. Die Eisenindustrie im Dnjeprbogen, Bericht von Kriegsverwaltungsrat Dr. Küttner und Kriegsverwaltungsrat Steck vom November 1941, in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 201, S. 12.

²⁶ Vgl. Dr. Konrad Ende in: Nürnberger Prozesse, Fall XI, Prot. S. 12720 ff.

und der ehemalige Chef des Röchlingschen südbadischen Doggererzbergbaus in Zollhaus-Blumberg, Dr. Lillig, in der Ukraine ein, um sich einen Eindruck von dem technischen Zustand der Eisenerz- und Manganerzgruben zu verschaffen und festzustellen, welche Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Betriebe erforderlich waren. Bei der geringen Teufe der Manganerzgruben und der Möglichkeit, die Fördergerüste in Holz bald wieder aufstellen zu können, war die Wiederinbetriebnahme einiger Schächte in verhältnismäßig kurzer Zeit wahrscheinlich²⁷. Von etwa 50 Schachtanlagen wurden 14 zum Wiederaufbau ausgesucht²⁸. Mit den vorhandenen Geräten war jedoch die Wiederaufnahme der Förderung ganz unmöglich. Die Ingenieure stellten ein Verzeichnis der dringend erforderlichen Maschinen und Einrichtungsgegenstände zusammen, die unverzüglich aus Deutschland herangeschafft werden mußten, und entwarfen einen Plan für die Durchführung der Instandsetzungsmaßnahmen. Kurz darauf kam Pleiger nach Kriwoj Rog, um an Ort und Stelle seine Entscheidungen zu treffen.

Die ersten Aufräumungsarbeiten in Nikopol wurden mit Hilfe des technischen Bergbaubataillons mot. 26 durchgeführt²⁹. Außerdem wurde die frühere russische Belegschaft der Werke eingesetzt, soweit sie nicht zur Roten Armee einberufen, mit ihr mitgezogen oder wegen der in den Städten herrschenden Nahrungsmittelknappheit aufs Land abgewandert war. In der Eisenindustrie des Dnjeprbogens waren bis zu 80 % der ungelernten Arbeitskräfte, jedoch nur etwa 30 % der Facharbeiter und Ingenieure an ihrer Arbeitsstelle bzw. in den benachbarten Dörfern geblieben³⁰. Deutschen Berichten zufolge war ein erheblicher Teil des geschulten Werkspersonals teils freiwillig, teils gezwungenermaßen mit den sowjetischen Truppen abgerückt³¹. Im Bezirk Kriwoj Rog beschäftigte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost Anfang Oktober 1941 immerhin 3500 Russen. Sie waren im allgemeinen arbeitswillig, zeigten jedoch, wie deutsche Ingenieure meldeten, „kein ausreichendes Arbeitstempo“ und mußten „sehr stark zu einer geregelten Arbeit angehalten werden“³².

Zu den größten Schwierigkeiten, die die Arbeit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost von Anfang an erschwerten, zählte der Mangel an Strom. Es war unmöglich, den Bedarf an elektrischer Energie zu decken. Die Sowjets hatten die

²⁷ Vgl. Ernst Börger in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 218, S. 2.

²⁸ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 11.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 10.

³⁰ Vgl. Die Eisenindustrie im Dnjeprbogen, Bericht von Kriegsverwaltungsrat Dr. Küttner und Kriegsverwaltungsrat Steck vom November 1941, in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 201, S. 5.

³¹ Vgl. ebenda, S. 5f.

³² Bericht Tengemann, Dr. Lillig, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H., Hauptgruppe Süd, über den Eisenerzbergbau Kriwoj Rog vom 9. 10. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

Stromerzeugung in wenigen Großkraftwerken zusammengefaßt. Der Bergbau besaß nur Energieerzeugungsanlagen von ganz geringer Leistung und wurde aus den öffentlichen Netzen mitversorgt. Die Hütten verfügten über eigene Kraftwerke, soweit sie im Rahmen ihrer Energiewirtschaft, z. B. wegen des Gichtgasanfalls und des Dampfbedarfs, notwendig waren. Nun waren die meisten großen Elektrizitätswerke, insbesondere das Dnjepr-Großkraftwerk Saporoschje, das für die Stromversorgung des ganzen Raumes zentrale Bedeutung hatte, nicht betriebsfähig, und es herrschte größte Stromknappheit. Diese fiel um so mehr ins Gewicht, als nicht die Aussicht bestand, sie in kurzer Zeit beheben zu können. Die Hoffnung konzentrierte sich vor allem auf die Wiederherstellung der Staumauer von Saporoschje, die in einer Breite von 180 m zerstört war³³. Doch damit war nicht vor dem Frühjahr 1943 zu rechnen. Von den inzwischen ergriffenen Notmaßnahmen war eine fühlbare Besserung der Energieversorgungslage nicht zu erwarten. Kriwoj Rog und Nikopol wurden einstweilen von dem in der Nähe von Kriwoj Rog gelegenen, auf Steinkohlenbasis laufenden Elektrizitätswerk Kress mit Strom versorgt. Beim Kohlenverbrauch war größte Sparsamkeit geboten, da Kohlenzufuhren aus dem Donezbecken in Anbetracht des Zustandes der Gruben und der Verkehrslage für längere Zeit nahezu ausgeschlossen waren. Um wenigstens den Strombedarf des Manganerzbergbaus in Nikopol decken zu können, entschlossen sich die verantwortlichen Ingenieure der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, die Stromentnahme seitens des Eisenerzbergbaus in Kriwoj Rog auf das Minimum zu beschränken und deshalb die noch in Ausbau und Vorrichtung befindlichen Sohlen ersaufen zu lassen. Zunächst wurden lediglich die Abbausohlen wasserfrei gehalten, wobei zur Vermeidung einer hohen Spitze die Pumparbeit auf die Nachtschicht verlegt wurde³⁴. Doch im Winter 1941/42 wurde der Strommangel so groß, daß selbst die Abbausohlen der meisten Gruben aufgegeben werden mußten³⁵.

Im Manganerzbergbau von Nikopol waren vor allem durch das Ersaufen der Gruben und das damit verbundene Quellen der Tone umfangreiche Wiederaufbauarbeiten unter Tage erforderlich. Da alle Fördermaschinen, Kompressoren, Ventilatoren und sonstigen Einrichtungen entweder verschleppt oder stark beschädigt waren, mußte die maschinentechnische Ausrüstung vollkommen erneuert werden. In erster Linie wurde auf die über und unter Tage zurückgebliebenen Materialien und Anlagen des Eisenerzbergbaus Kriwoj Rog zurückgegriffen. Dort wurden mehrere 10 000 t Maschinen ausgebaut, repariert und dann per Bahn nach Nikopol transportiert. Darüber hinaus wurden weitere Maschinen und Ersatzteile aus den

³³ Vgl. OKW, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete, Nr. 12 vom 18. 11. 1941 (Bundesarchiv R 41/136).

³⁴ Vgl. Bericht Tengelmann, Dr. Lillig, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H., Hauptgruppe Süd, über den Eisenerzbergbau Kriwoj Rog vom 9. 10. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/55).

³⁵ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4352, S. 10.

besetzten Gebieten oder aus dem Reich herangeschafft³⁶. Als besonders vordringlich forderten die Ingenieure die Lieferung von Gleichstrom- und Diesellokomotiven und Material zur Wiederherstellung des Niederspannverteilernetzes aus Deutschland an. Trotz aller Schwierigkeiten kamen die Aufräumungsarbeiten zügig voran, und kaum sechs Wochen nach Übernahme der Betriebe durch die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost berichteten die für den Bezirk Kriwoj Rog und Nikopol verantwortlichen Ingenieure, daß die Roherzförderung auf einzelnen Manganzgruben im Laufe des November 1941 anlaufen könne³⁷. Zugleich wurden die erbeuteten 12000 t Konzentratbestände der Transportabteilung der Wirtschaftsinspektion Süd als versandfertig gemeldet. Der erste Zug mit Manganzkonzentrat verließ am 22. Oktober Nikopol. Sein Bestimmungsort war Witkowitz³⁸.

Vor der deutschen Besetzung waren in Nikopol monatlich etwa 100000 t Manganz erze gefördert worden. Im Frühjahr 1942 wurde etwa ein Fünftel dieser Produktion (im März 18115 t, im April 21697 t) erreicht³⁹, und es bestand die Aussicht, die Erzeugung bald steigern zu können, da die Instandsetzung der zum Wiederaufbau bestimmten Anlagen über und unter Tage nunmehr zum größten Teil abgeschlossen war und in Kürze die Förderung auf weiteren Gruben aufgenommen werden sollte.

Das mulmige und kieselsäurehaltige Manganz von Nikopol mit einem Mn-Gehalt von etwa 25 % bedurfte der Anreicherung. Schon Ende August 1941 traf ein der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost von der Fried. Krupp AG. Grusonwerk in Magdeburg-Buckau zur Verfügung gestellter Spezialist für Aufbereitungsfragen in Nikopol ein⁴⁰. Dort waren von den vier alten Aufbereitungsanlagen drei vollkommen zerstört und unbrauchbar. Nur eine Wäsche in Scholochowo war erhalten, aber nicht betriebsfähig, da viele Motoren ausgebaut waren. Es gelang jedoch, den elektrischen Antrieb in der Umgebung wiederaufzufinden und einzubauen, so daß diese Anlage nach einer Generalüberholung bereits im Dezember 1941 wieder Konzentrate lieferte. Um den erhöhten Manganzbedarf der deutschen Stahlindustrie decken zu können, wurde angestrebt, größere Mengen Manganzkonzentrate zu erzeugen. Deshalb wurde alsbald mit dem Bau von drei Zentralaufbereitungsanlagen begonnen, die nach einem neuen, vom Grusonwerk, das in Marganz eine Versuchsanstalt eingerichtet hatte, entwickelten Verfahren arbeiten und 1943 in Betrieb genommen werden sollten. Für die Ausführung von Hochbauten, Eisenkonstruktionen und Eisenbahnbauten wurden verschiedene deutsche

³⁶ Vgl. ebenda, S. 10 ff.

³⁷ Vgl. Bericht Tengelmann, Dr. Lillig, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H., Hauptgruppe Süd, über den Manganzbergbau Nikopol vom 9. 10. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

³⁸ Vgl. Wirtschaftsstab Ost, Halbmonatsbericht für die Zeit vom 16. bis 31. 10. 1941 (Bundesarchiv R 41/135).

³⁹ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. nach dem Stande vom 30. 4. 1942, Nbg. Dok. NG-5702, S. 4.

⁴⁰ Vgl. Carl Hoffmeister in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 219.

Gesellschaften, u. a. die Baufirma Hoch-Tief, herangezogen⁴¹. Baustoffe wurden zum Teil aus den von der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost betriebenen Steinbrüchen und Ziegeleien geliefert. Stahl und Moniereisen entstammten den Lagerbeständen ukrainischer Hütten, Zement wurde aus Deutschland herangeschafft.

Nach dem Manganerz von Nikopol versuchten die deutschen Truppen, als zweiten äußerst begehrten Rohstoff in der Ukraine die Steinkohle des Donezbeckens in den Griff zu bekommen. Während das Manganerz zur Stahlerzeugung in der Heimat erforderlich war, wurde die Donezkohle zum Verbrauch an Ort und Stelle dringend benötigt. Zur Versorgung der Truppe, der Eisenbahn, der auf Kohlenbasis laufenden Elektrizitätswerke und anderer wichtiger Bedarfsträger mußte Kohle unbedingt zur Verfügung stehen. Wenn es nicht gelang, im Donezrevier zu fördern, war damit zu rechnen, daß nach dem Verbrauch der erbeuteten Kohlenbestände der gesamte unabweisbare Bedarf der Ukraine durch Lieferungen aus dem Reich gedeckt werden mußte. Die Steinkohlenproduktion im Reich und den angegliederten Revieren hatte sich seit Kriegsbeginn zwar gut gehalten, aber der Bedarf war stets größer als die Förderung, zumal die Kohle in immer größeren Mengen benötigt wurde, z. B. als Rohstoff zur Erzeugung synthetischen Benzins und Gummis, zur Belieferung der Wehrmacht im besetzten Ausland, zur Bevorratung der Eisenbahn, die viel weitere Strecken als früher bewältigen mußte, und zur Erfüllung handelsvertraglicher Verpflichtungen gegenüber Bundesgenossen oder Ländern, die als Rohstofflieferanten für Deutschland zentrale Bedeutung hatten. Obwohl die Reichsvereinigung Kohle sich bemühte, alle Möglichkeiten zur Steigerung der Steinkohlenproduktion auszuschöpfen und z. B. seit dem Frühjahr 1941 an bestimmten Sonn- und Feiertagen zusätzliche Schichten verfahren ließ, bestand kaum Hoffnung auf eine weitere Erhöhung der Förderung, da der Bergbau an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt war, unter Mangel an gelernten Bergleuten litt und auf einen überstrapazierten Maschinenpark angewiesen war. Nicht nur die Förderung in der Heimat, sondern auch der Transport der Kohle in die Ukraine war mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden. Der Mangel an Waggons und Lokomotiven wurde durch die wegen der weiten Entfernung äußerst langen Umlaufzeiten noch verschärft, das Schienennetz war durch Wehrmachttransporte überlastet, Stauungen und Streckenunterbrechungen machten einen zuverlässigen Zugzulauf unmöglich. Jede im Donezgebiet geförderte Tonne Kohle versprach also eine Entlastung des Steinkohlenbergbaus im Reich und den angegliederten Revieren und trug dazu bei, die ohnehin bestehenden erheblichen Transportschwierigkeiten nicht noch zu vergrößern. Es lag daher im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft und der Truppe, die Steinkohlengruben im Donezgebiet auszubeuten und wenigstens einen Teil des Bedarfs der Ukraine aus laufender Förderung zu decken.

Als deutsche Truppen im Herbst 1941 in den Raum östlich des Dnjepr vor-

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 2.

stießen, fanden die von der Wirtschaftsinspektion Süd entsandten Ingenieure – die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost hatte von den militärischen Dienststellen den Auftrag, sich einzuschalten, noch nicht erhalten, da dieser Abschnitt noch Operationsgebiet war – auch im Steinkohlenbergbau des westlichen Donezreviers die ihnen schon vom Eisenerz- und Manganerzbergbau in Kriwoj Rog und Nikopol bekannten Zerstörungen größten Ausmaßes vor. Es bot sich ihnen dasselbe Bild: die Über- und Untertageanlagen und ihre maschinentechnischen Einrichtungen waren durchweg weitgehend zerstört bzw. verschleppt, ebenso die Kraftanlagen, die den Bergbau mit Strom versorgten.

In Stalino drangen deutsche Truppen am 10. Oktober 1941 ein. Russische Sprengkommandos zogen sich erst mit der weichenden Nachhut der Roten Armee zurück. Mit Zeitzündern versehene Sprengladungen detonierten noch zehn Tage nach der Einnahme der Stadt. Die Zechen, Versorgungsanlagen und Großindustriewerke waren durch planmäßige Sprengungen so zerstört, daß eine Inbetriebnahme in absehbarer Zeit unmöglich erschien⁴². Die Lebensmittelvorräte waren vollständig abtransportiert, die Läden geplündert. Eine Dienststelle der Wehrmacht berichtete Ende des Monats: „Die Bevölkerung hat seit dem 21. 10. nichts mehr zu essen.“⁴³

Unter großen Mühen versuchte der Sonderbeauftragte für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd, sich Ende Oktober 1941 einen ersten Eindruck von der Situation im Kombinat Stalino zu verschaffen. Das Tempo seiner Erkundung wurde, wie er meldete, durch „unsagbar schlechte“ Wegeverhältnisse sowie Mangel an brauchbaren Kraftfahrzeugen, Ersatzteilen, Treibstoff, Verpflegung, Wasser, Licht und Heizung beeinträchtigt⁴⁴. In einem Lagebericht stellte er Anfang November fest: „Es gibt keinen Betrieb, in dem nicht umfangreiche Sprengungen an allen Teilen durchgeführt oder wenigstens angelegt worden sind. Die Schachtgerüste, Hängebänke, Wagenumläufe und Verladungen, die Fördermaschinen, Schaltanlagen, Kesselhäuser, Turbinen, der größte Teil der Ventilatoren usw. sind durch Sprengungen der Maschinen oder Gebäude auf jeder einzelnen Schachtanlage zum allergrößten Teil unbrauchbar gemacht. Ein Teil der Tagesgebäude ist durch Brand zerstört. Die Werkstätten auf den Zechen sind vernichtet. Elektrischer Strom und Wasser sind nicht vorhanden. Die Schienenstränge sind auf weiten Strecken abgebaut oder die Köpfe und Mittelstücke der Schienen gesprengt. Die wenigen aufgefundenen Lokomotiven und Waggons sind von der Truppe beschlagnahmt. Es gibt somit keine einzige Zeche, die unmittelbar – selbst bei Vorhandensein von Energie – betriebsfähig wäre. . . . Bezüglich des einheimischen Personals ergibt sich überall das gleiche Bild: vom Steiger an aufwärts fehlt die

⁴² Vgl. OKW, Wi Rü Amt, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete, Nr. 13 vom 1. 12. 1941 (Bundesarchiv R 41/136).

⁴³ OKW, Wi Rü Amt, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete, Nr. 11 vom 31. 10. 1941 (Bundesarchiv R 41/136).

⁴⁴ Bericht Nr. 2 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über

gesamte Leitung. Das Fachwissen und die Betriebskenntnisse der vorhandenen Kräfte sind erschütternd gering.“⁴⁵

Der Sonderbeauftragte für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd kam zu dem Schluß, die Wiederaufnahme der Steinkohlenförderung in dem bisher besetzten Teil des Donezbeckens sei in absehbarer Zeit nur im Rahmen des dringendsten regionalen Bedarfs möglich, doch sei die Brennstoffversorgung der Truppe für den Winter 1942/43 sowie für die Stromlieferung an den Manganerzbergbau in Nikopol nicht gesichert. Die Instandsetzung der Gruben bis zur Höhe der Vorkriegsförderung sei selbst unter Inanspruchnahme der gesamten einschlägigen Industrie Europas nur in vielen Jahren durchführbar. Es sei jedoch denkbar, einen Teil der Anlagen wieder soweit herzustellen, daß 10 bis höchstens 20 % der friedensmäßigen Förderung erreicht werden könnten. Vorbedingung für den Wiederaufbau, der materiell weitgehend aus den Kräften des Landes erfolgen könne, sei die Schließung einiger wesentlicher Lücken durch die Heimat. Insbesondere forderte er die Bereitstellung deutscher Fachkräfte, die Installierung neuer Energie, die Zuführung von rollendem Material und Lieferungen der Elektroindustrie, vor allem Großmotoren und deren Teile.

Auch östlich des Dnjeprs stellten die beiden größten Hindernisse, die die Aufräumungsarbeiten – an planmäßige Förderung war noch gar nicht zu denken – am stärksten behinderten, die Energieversorgungs- und Verkehrslage dar. Im Donezgebiet herrschte im Herbst 1941 ein derartiger Mangel an elektrischer Energie, daß nach Deckung des dringendsten Bedarfs der Wasserwerke, der Lichtzentralen für die Truppe und der Reparaturwerkstätten für Panzer und sonstige Kraftfahrzeuge zunächst überhaupt kein Strom für das Auspumpen des Wassers aus den Grubenbauen zur Verfügung stand. Erst als in der zweiten Novemberhälfte die Starkstromleitungen von Stalino nach Mariupol, dessen Hüttenwerke gut erhalten waren und das deshalb geradezu als eine Oase inmitten der Zerstörungen angesehen wurde, repariert waren, konnte zusätzlich aus Mariupol Strom in das Donezbecken geliefert werden, von dem ein kleiner Teil dem Bergbau zur Verfügung gestellt wurde. Mariupol war überraschend schnell eingenommen worden. Hier war zum ersten Mal der Fall eingetreten, daß große Werke, vor allem das Stahl- und Walzwerk „Iljitsch“ und das Eisenkombinat „Asow-Stahl“, beim Einmarsch der deutschen Truppen am 15. Oktober in Betrieb angetroffen wurden. In den Hafen- und Industrieanlagen waren große Vorräte an Kohlen und in den Silos ca. 20000 t Getreide gefunden worden⁴⁶. Die Stromerzeugung in Mariupol erfolgte nun mit Hilfe der Betriebe der Hütte Asow-Stahl. Kokskohle wurde in einer Kokerei zu Koks und dieser in einem Hochofen zu Generatorgas verarbeitet, das zum Beheizen der Kessel des Elektrizitätswerkes von Asow-Stahl verwandt

die Lage im Bergbau vom 13. 11. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. OKW, Wi Rü Amt, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete, Nr. 11 vom 31. 10. 1941 (Bundesarchiv R 41/156).

wurde. Auf einem anderen Wege war die dort installierte Leistung nicht zu mobilisieren. Doch die in Mariupol vorgefundenen Kokskohlenbestände in Höhe von 90 000 t schrumpften zusammen, da ab Mitte Oktober auf die geschilderte Weise mehr als 1000 t/Tag verbraucht wurden. Um die Stromerzeugung aufrechterhalten zu können, mußte also alles darangesetzt werden, Kokskohlen von den Halden um Stalino nach Mariupol zu befördern. Mitte Dezember begannen zwar die Bahntransporte, doch es fehlte an Laderaum, die Lokomotiven befanden sich in einem „unvorstellbar schlechten Betriebszustand“ und vereisten bei der starken Kälte, die Züge gerieten in Schneeverwehungen, so daß es nur gelang, etwa 500 t/Tag zu versenden, und die Gefahr bestand, daß auch das Elektrizitätswerk auf Asow-Stahl in Kürze wieder zum Erliegen kommen werde⁴⁷. Die Stromknappheit wirkte sich auf den Steinkohlenbergbau im Donezbecken katastrophal aus. Vor allem konnten Sumpfarbeiten nicht in ausreichendem Maße durchgeführt werden. Wegen des Mangels an elektrischer Energie konnte nicht einmal die Absicht des Sonderbeauftragten für Bergbau verwirklicht werden, die Gruben, deren Tagesanlagen sich für einen Notbetrieb eigneten, förderfähig zu machen.

Mit der besorgniserregenden Kohlenlage in der Ukraine beschäftigte sich der Wirtschaftsstab Ost in seiner Sitzung vom 18. Dezember 1941 unter Vorsitz von Staatssekretär Körner in Berlin. Die im Donezgebiet vorgefundenen Kohlenvorräte wurden auf etwa 1,3 Mio. t geschätzt. Diese Menge reichte selbst bei sparsamster Bewirtschaftung nicht aus, den Winterbedarf der Truppe, der Eisenbahn und der Versorgungsbetriebe, insbesondere der Kraftwerke, zu decken. An eine ausreichende Hausbrandversorgung der Bevölkerung war gar nicht zu denken. Die Brennstoffknappheit hatte bereits zu empfindlichen Rückschlägen geführt. Die zur Herstellung von Ferromangan in Dnjeproderschinsk in Betrieb genommene Anlage hatte wegen Kohlenmangels schon nach einem Monat wieder stillgelegt werden müssen. In Nikolajew konnten die von der Marine dringend benötigten Werftanlagen nicht weiterbetrieben werden, da die zur Ergänzung des notwendigen Stroms erforderliche Kohle fehlte. Da im Donezgebiet noch nicht gefördert werden konnte und mit ausreichendem Nachschub aus dem Reich wegen der Transportschwierigkeiten nicht zu rechnen war, mußten umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um wenigstens die Truppe und die Eisenbahn nach Aufzehrung der Bestände an Beutekohlen versorgen zu können. Den zuständigen Stellen wurde die Weisung gegeben, „alles daran zu setzen, um die Kohlenförderung im Donezgebiet schon im Jahr 1942 wenigstens zum Teil wieder in Gang zu setzen“⁴⁸. Die in den verschiedenen Werken noch vorhandenen brauchbaren Maschinen, Aggregate, Einzelteile und Werkzeuge, die für die Reparatur der am ehesten zur Wiederaufnahme der Kohlenförderung in Betracht kommenden Gruben und den Ausbau

⁴⁷ Vgl. Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe W, Gruppe Bergbau, Bericht vom 10. 1. 1942 über die Kohlenlage in der Ukraine, insbesondere im Bereich der Heeresgruppe Süd, S. 3 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/51).

⁴⁸ Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsstabes Ost vom 18. 12. 1941, Ziff. IV b (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/40).

der teilweise betriebsfähigen Energieanlagen geeignet waren, sollten planmäßig erfaßt und ohne Rücksicht auf die in späterer Zukunft vielleicht denkbare Verwendung in anderen Betrieben dort zum Einsatz kommen, wo sie am schnellsten das Anlaufen der Kohlenproduktion ermöglichten. Die Eisenindustrie in Mariupol erhielt den Auftrag, vordringlich Material zur Instandsetzung der Gruben und Elektrizitätsanlagen herzustellen. Sie sollte deshalb bevorzugt mit Kohlen beliefert werden. Der Wirtschaftsführungsstab Ost gab sich optimistisch und stellte fest: „Nach den bisherigen Ermittlungen ist zu hoffen, daß es bei der Erfüllung der vorgenannten Voraussetzungen gelingen wird, binnen Jahresfrist mit einer Tagesförderung von 5–10% der sowjetischen Förderung aus laufender Produktion den Kohlenbedarf, der zur Erhaltung der Operationsfähigkeit der Truppe erforderlich ist, zu decken.“⁴⁹

Trotz der zuversichtlichen Beurteilung der Aussichten für die Wiederaufnahme der Förderung im Donezgebiet verschlechterte sich die Lage des Bergbaus in der Ukraine zusehends. Der Sonderbeauftragte für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd notierte in seinem Bericht für den Monat Januar 1942: „Alle Dienststellen erkennen die Wichtigkeit einer ausreichenden Stromversorgung voll an. Sie haben jedoch vor der Hand keine Möglichkeit, dem Bergbau eine höhere Strommenge zuzuteilen, da im Operationsgebiet die Belange der Truppe wirtschaftlichen Erfordernissen vorausgehen müssen.“⁵⁰ Er mußte buchstäblich zusehen, wie die Gruben mit Wasser volliefen, und konnte nichts oder nur wenig dagegen tun.

Im Januar 1942 waren im Steinkohlenbergbau des Donezgebietes etwa 24 000 russische Zivilarbeiter vor allem mit Aufräumungs-, Bergungs- und Verladearbeiten beschäftigt⁵¹. Ungenügende Ernährung, schlechtes Schuhwerk, Mangel an Werkzeug, scharfer Frost, starker Schneefall und Stürme erschwerten die Arbeit in kaum vorstellbarem Maße. Für die Haldenverladung und das Bewegen der Waggonen von Hand wurde eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Arbeitskräften benötigt. Die den russischen Arbeitern durch die Wirtschaftsinspektion Süd versprochenen Nahrungsmittelzuteilungen waren bisher nicht erfolgt, obwohl bereits zwei Monate vorher nach Berlin gemeldet worden war: „Bei dem herrschenden Mangel an Allem und Jedem ist es kaum möglich, die Arbeiterschaft bei der Arbeit zu halten.“⁵² Die im Steinkohlenbergbau eingesetzten Russen sollten wöchentlich 2500 Gramm Brot und 100 Gramm Fleisch, die Ehefrauen und Kinder je 1500 Gramm Brot durch die Gruben erhalten⁵³. Die Lebensmittel waren von den zu-

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Bericht Nr. 5 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über den Bergbau im Donez-Gebiet Januar 1942 vom 6. 2. 1942, S. 3 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/54).

⁵¹ Ebenda.

⁵² Bericht Nr. 2 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über die Lage im Bergbau vom 13. 11. 1941, S. 3 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

⁵³ Vgl. Bericht Nr. 4 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über die Lage im Bergbau vom 8. 1. 1942, S. 8 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

ständigen militärischen Dienststellen zwar zugesagt, aber nicht zur Verfügung gestellt worden. In einem Bericht des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd vom 8. Januar 1942 findet sich die Feststellung: „Bislang ist mit der Verteilung noch nicht begonnen worden.“⁵⁴ Nun wollte die Wirtschaftsinspektion Süd versuchen, an 100 bis 150 km von den Gruben entfernten Punkten Kohlenlager einzurichten, um von der Landbevölkerung Getreide gegen Kohle einzutauschen und so die Ernährung der Bergleute wenigstens notdürftig sicherzustellen.

Die Nahrungsmittelknappheit zwang dazu, täglich mehrere Tausend Arbeiter zu beurlauben, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich in entfernten landwirtschaftlichen Bezirken selbst mit Lebensmitteln zu versorgen. Doch wenn sie diese schließlich auf dem Rücken herantragen hatten, erlebten sie mitunter bittere Enttäuschungen. Der Sonderbeauftragte für Bergbau berichtete z.B.: „Die durch starken Frost und Schneeverwehungen erschwerten Nachschubverhältnisse haben dazu gezwungen, bei der Bevölkerung in größerem Umfang Beitreibungen durchzuführen, um die Versorgung der Truppe sicherzustellen. Das hat zur Folge gehabt, daß ein Teil der Arbeiter die Arbeit verlassen hat und sie verlassen mußte, um in weiten Wanderungen, die trotz des strengen Winterwetters durchgeführt werden, sich erneut Lebensmittel zu beschaffen. Unter diesen Umständen macht sich allenthalben die Neigung zur Abwanderung in landwirtschaftliche Gebiete, die weit ab vom Industriegebiet und vom Operationsgebiet liegen, bemerkbar. Es muß damit gerechnet werden, daß dadurch ein beträchtlicher Teil der bergmännischen Bevölkerung unwiederbringlich dem Bergbau verlorengeht.“⁵⁵

Die Bergleute erhielten einen niedrigen Lohn – der Durchschnittslohn eines Arbeiters, der mit Aufräumarbeiten beschäftigt war, betrug etwa 1 RM je Schicht⁵⁶ – und hatten Anspruch auf monatlich 770 kg Deputatkohle. Diese wurde aus brennenden oder schlecht zugänglichen Halden des Kleinbergbaus zugeteilt.⁵⁷

Auch die Angehörigen der Wirtschaftsinspektion Süd klagten über mangelhafte Ernährung, Bekleidung und Ausrüstung. Die Verpflegung war sehr einförmig und bestand seit Monaten aus Frischfleisch, Nudeln und Brot. Kartoffeln und Gemüse waren für die Lazarette beschlagnahmt. Brotaufstrich und Rauchwaren wurden nur gelegentlich ausgegeben. Das Kommando des Sonderbeauftragten für Bergbau hatte seit sechs Monaten keine Stiefelsohlen, seit vier Monaten keine Seife erhalten. Trotz wiederholter Anforderung waren auch dringend benötigte technische Hilfsmittel, Schreibmaschinen, Papier, Schreib- und Zeichenmaterial noch nicht angeliefert worden. Für eine Reise mit der Bahn nach dem von Stalino etwa 130 km

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Ebenda, S. 8 f.

⁵⁶ Ebenda, S. 2.

⁵⁷ Vgl. Bericht Nr. 5 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über den Bergbau im Donez-Gebiet Januar 1942 vom 6. 2. 1942, S. 3 f. (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/54).

entfernten Mariupol mußten 24 Stunden für die einfache Fahrt, nach dem 250 km entfernten Dnjeppropetrowsk 36 Stunden angesetzt werden. Fernsprechverbindungen zu den vorgesetzten Dienststellen in Mariupol und Dnjeppropetrowsk bestanden nicht. Fernschreiben brauchten für einen Weg mehrere Tage, die Post hatte unkontrollierbar lange Laufzeiten und blieb häufig tagelang ganz aus. Ein Schreiben von Stalino nach Deutschland oder zurück benötigte durchschnittlich vier Wochen, so daß auf eine Frage, die in Berlin geklärt werden mußte, frühestens nach neun Wochen eine Antwort erwartet werden konnte⁵⁸.

Da der Personen- und Güterverkehr auf der Landstraße fast ausschließlich mit Hilfe von Panjewagen abgewickelt wurde, war die Unterhaltung eines ausreichenden Pferdeparkes für jede Grube unbedingt erforderlich. Große Schwierigkeiten bereitete jedoch die Heranschaffung der Futtermittel für die Pferde. Die Abteilung Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Süd hatte dem Sonderbeauftragten für Bergbau Pferdefutter in einem etwa 100 km entfernten Ort zugewiesen, zu dem sein Kommando jedoch trotz mehrfacher Bemühungen seit zwei Monaten nicht hatte gelangen können, da die Anfuhr in dem schwierigen Gelände nicht möglich war. Eine große Anzahl von Pferden war daher aus Futtermangel bereits eingegangen oder hatte notgeschlachtet werden müssen⁵⁹.

Für die Verwaltung des Steinkohlenbergbaus im Donezgebiet war bis Anfang 1942 ausschließlich die Wirtschaftsinspektion Süd, also eine militärische Dienststelle, zuständig. Am 10. Januar 1942 bestellte jedoch Göring, einer Weisung Hitlers folgend, Pleiger auch zum Reichsbeauftragten für die Kohle in den besetzten Gebieten und erteilte ihm u. a. den Auftrag, „durch Weisungen und Richtlinien alle Maßnahmen zu treffen, um die Kohleförderung auf einen Höchststand zu bringen“⁶⁰. Pleiger hatte damit das Recht erhalten, sich auch in den Donezbergbau einzuschalten, obwohl er als Leiter der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost von der Wirtschaftsinspektion Süd wegen der noch andauernden Kampfhandlungen noch nicht zur Übernahme der Gruben aufgefordert worden war. Als Ende dieses Monats in Berlin in einer Sitzung über die Kohlenversorgung der Ukraine, die unter Leitung von Staatssekretär Neumann stattfand und an der Vertreter aller interessierten Ministerien und Dienststellen der Wehrmacht teilnahmen, dargelegt wurde, daß die vorhandenen Vorräte im April 1942 aufgebraucht sein würden, daß von Mai bis zum Herbst 1942 mangels ausreichender Kohlenförderung nach Deckung des Bedarfs der für die Wiederingangsetzung der Kohlenproduktion arbeitenden Betriebe überhaupt keine Kohle für die sonstigen Verbraucher vorhanden sein werde und daß selbst bei günstigem Verlauf der Arbeiten im Winter 1942/43 nur ein Teil des dringendsten Bedarfs der Ukraine aus dem Donezgebiet gedeckt werden könne, wurde Pleiger gebeten, sich sobald wie möglich dorthin zu begeben,

⁵⁸ Vgl. Bericht Nr. 4 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über die Lage im Bergbau vom 8. 1. 1942, S. 7f. (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

⁵⁹ Ebenda, S. 7.

⁶⁰ Erlaß Görings vom 10. 1. 1942 (Bundesarchiv R 10 VIII/3).

um an Ort und Stelle zu prüfen, was geschehen könne, um die bereits in Angriff genommenen Arbeiten zu intensivieren⁶¹. Einen Monat später, am 1. März 1942, übernahm die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost die Steinkohlengruben in dem bereits eroberten Teil des Donezbeckens⁶². Sehr viele von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt allerdings schon ersoffen oder standen kurz davor.

Wie die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost in Kriwoj Rog und Nikopol vorgegangen war, so verfuhr sie auch im Donezbergbau. Spezialisten der Reichswerke flogen unverzüglich in die Ukraine, um festzustellen, welche Sofortmaßnahmen auf den Gruben zu ergreifen waren und welche Maschinen auf schnellstem Wege aus Deutschland herangeschafft werden mußten. Pleigers Experte für den Bergwerks- und Hüttenbau, Dr. Kocks, der nach dem Ausscheiden des amerikanischen Hüttenplaners Brassert die Leitung der Aufbauarbeiten der Reichswerke-Hütte in Salzgitter übernommen hatte, wurde mit der ingenieurmäßigen Bearbeitung der Instandsetzungsmaßnahmen für die russischen Bergbau- und Hüttenbetriebe beauftragt. Für die Planung und Bauüberwachung der in Gang zu setzenden Werke richtete er in Stalino und Dnjepropetrowsk Ingenieurbüros ein, in denen mehrere Hundert deutsche Fachleute eingesetzt wurden. Die Arbeiten für den Donezbergbau begannen damit, daß etwa 35 Lokomobile aus Deutschland beschafft und auf verschiedenen Gruben zur Energieerzeugung aufgebaut und außerdem vier Brikettfabriken in Deutschland demontiert und schnellstens in das Donezbecken gebracht wurden, um die dort anfallende Feinkohle zu Briketts pressen zu können⁶³. In den folgenden Wochen wurden Druckluftkompressoren, Grubenlokomotiven, Elektromotoren, Schaltanlagen, Kabel, Pumpen, Transportbänder, Grubenlampen, Abbauhämmer, Schläuche und andere Werkzeuge in großer Zahl herantransportiert⁶⁴. Mit Hilfe der Organisation Todt und der Marine wurden drei Kraftwerksanlagen beschafft. Allein in Salzgitter wurden im Mai 1942 27 Waggons mit Baugerät und wichtigen Maschinen für den Wiederaufbau in der Ukraine abgefertigt. Weitere 50 Waggons wurden mit Einzelteilen für das Kraftwerk Stalino beladen. Die Transportzüge erreichten nach einer Laufzeit von 10 bis 14 Tagen ihre russischen Zielbahnhöfe⁶⁵. Da die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost bis Juli 1942 noch keine eigene Einkaufsabteilung besaß, wurden die Beschaffungen für die Wiederinbetriebnahme der ukrainischen Werke vom Haupteinkauf der Reichswerke vorgenommen, der bis zu diesem Zeitpunkt Aufträge in Höhe von

⁶¹ Vgl. Niederschrift über eine Besprechung am 29. 1. 1942 betr. Kohlenversorgung der Ukraine (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/40).

⁶² Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 8.

⁶³ Vgl. Dr. Friedrich Kocks in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 202, S. 2.

⁶⁴ Vgl. Ernst Börger in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 218, S. 3.

⁶⁵ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. nach dem Stande vom 30. 4. 1942, Nbg. Dok. NG-5702, S. 11.

55 Mio. RM vergab⁶⁶. Allein für den Steinkohlenbergbau im Donezbecken wurden bis Ende 1942 Maschinen und Apparaturen für etwa 25 Mio. RM angeschafft⁶⁷.

Als Pleiger einen Überblick über die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten im Donezbergbau gewonnen hatte, legte er in einer Besprechung über die Lage der Kohlen- und Energiewirtschaft in der Ukraine, die am 24. April 1942 unter Vorsitz von Staatssekretär Körner in Berlin stattfand, dar, was die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost in naher Zukunft leisten und was sie eben nicht leisten könne. Er glaubte, daß die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost bei einer Konzentration der vorhandenen Kräfte und Produktionsmittel auf wenige Schwerpunkte und bei Preisgabe aller übrigen Steinkohlengruben bis Ende 1942 im günstigsten Fall eine Tagesförderung von 10–12000 t, d. h. von 5–6 % der früheren russischen Leistung erreichen und eine Gesamtförderung von 1 Mio. t Kohle erzielen könne⁶⁸. Damit stand fest, daß der dringendste Bedarf der Truppe, der Energiewirtschaft und der Bahn im Donezgebiet durch Neuförderung und aus Haldenbeständen nur etwa zur Hälfte gedeckt werden konnte. Ungedeckt blieb außerdem der Bedarf der Landwirtschaft und der gewerblichen Betriebe im Donezgebiet und der gesamten ukrainischen Wirtschaft westlich und nördlich des Dnjeprs. Die fehlenden Mengen konnten nur durch Zufuhr aus dem Reich ergänzt werden.

Pleiger ließ keinen Zweifel daran, daß die für möglich gehaltene Förderleistung nur dann erreicht werden könne, wenn eine Reihe von Forderungen der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost erfüllt würden. In der letzten Zeit war es wiederholt zu Reibungen mit mehreren, vor allem militärischen Dienststellen gekommen. Das Donezrevier war noch Aufmarsch- und Kampfgebiet, und die Truppe beanspruchte für sich dieselben Werkstätten, Maschinen, Transportmittel, Unterkünfte, Holzvorräte usw. wie die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, und dabei zogen die Zivilisten in der Regel den kürzeren. Zum Beispiel waren in größtem Umfange Beschlagnahmungen von Pferden auf den Gruben durch durchziehende Truppen erfolgt, ja, es war sogar vorgekommen, daß einem russischen Kutscher, der auf einem als Grubenfahrzeug gekennzeichneten Wagen Zement fuhr, von Soldaten das Gespann auf der Straße weggenommen wurde⁶⁹. Pleiger verlangte, daß hier Wandel geschaffen würde, und betonte, die Armeeführer müßten sich darüber im klaren sein, daß von der Wiederingangsetzung der Kohlenförderung zum großen Teil die Überwinterung der Truppe und der Nachschub abhängen. Körner beabsichtigte, Göring vorzuschlagen, er möge mehrere Generäle in einem

⁶⁶ Vgl. Emil Eugen Würtz in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 243, S. 1.

⁶⁷ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 8.

⁶⁸ Vgl. Wirtschaftsführungsstab Ost, Aktenvermerk über eine Besprechung betr. Lage der Kohlen- und Energiewirtschaft in der Ukraine am 24. 4. 1942, S. 2 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/40).

⁶⁹ Vgl. Bericht Nr. 4 des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd über die Lage im Bergbau vom 8. 1. 1942, S. 5 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/53).

persönlichen Schreiben um die im Truppeninteresse unerläßliche Berücksichtigung der Aufgaben der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost bitten. Pleiger beschwerte sich ferner über die Anordnungen des neu ernannten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel. Denn die Arbeitseinsatzverwaltung, die der deutschen Wirtschaft zur Behebung des akuten Arbeitskräftemangels ausländische Arbeiter zuführen wollte, hatte in blindem Eifer im Donezgebiet auch Bergleute angeworben, die bereits bei der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost beschäftigt, also schon im Interesse der deutschen Kriegsproduktion tätig waren. Außerdem kritisierte er das Verhalten von Angehörigen der Truppe, die den russischen Arbeitern, die sich aus der weiteren Umgebung Nahrungsmittel beschafften, diese unterwegs wegnahmen, so daß die Bergleute nicht in der Lage waren, sich auch nur notdürftig zu ernähren.

Die Beschwerden der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost über unzureichende Unterstützung und Behinderung ihrer Arbeit im Steinkohlenbergbau verstummten nicht. Zum Beispiel meldete die Abteilung Donezkohle der Gesellschaft in Stalino Anfang Juni 1942 der Hauptverwaltung in Berlin, die Ernährung der Bergarbeiter sei in vielen Gebieten „noch völlig unzureichend“. In mehreren Bezirken werde überhaupt kein Brot oder nur sehr unregelmäßig, in anderen nicht einmal der Satz von 300 Gramm je Tag ausgegeben, „von Fleisch und Fett ganz zu schweigen“⁷⁰. In einem Schreiben an den Wirtschaftsstab Ost wurde bemängelt, daß für die Ernährung der Familien der Bergleute überhaupt nicht gesorgt sei⁷¹. Pleiger setzte sich erneut mit dem Generalquartiermeister und dem Reichsminister für Bewaffung und Munition in Verbindung und entwarf im Einvernehmen mit Speer einen Führerbefehl, der Abhilfe schaffen sollte⁷².

Hitler entschied, daß die Kohlenförderung im Donezgebiet beschleunigt ausgebaut werden müsse. „Alle Hilfsmaßnahmen sind zu geben“, ordnete er in einer Konferenz mit Speer am 4. Juni 1942 an⁷³. Da bereits zu diesem Zeitpunkt 40 % des Zugraums für die Heranschaffung der für den Zugverkehr notwendigen Kohle gebraucht wurden und zu erwarten war, daß sich der Bedarf bei einem Zugverkehr bis zum Kaukasus auf 60 % erhöhte, unterstrich Hitler die „unerhörte

⁷⁰ Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H., Abt. Donezkohle, an Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. Berlin vom 7. 6. 1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1346).

⁷¹ Vgl. Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H., Abt. Donezkohle, an Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe Landwirtschaft, vom 15. 6. 1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1346).

⁷² Dieser Entwurf wurde dem Generalquartiermeister der Heeresgruppe Süd, dem Chef des Transportwesens und dem Wirtschaftsstab Ost am 23. 6. 1942 zugestellt; vgl. Aktenvermerk über Besprechung in den Hermann-Göring-Werken am 29. 6. 1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1346).

⁷³ Willi A. Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt/M. 1969, Konferenz vom 4. 6. 1942, Punkt 32, S. 135.

Wichtigkeit“ der Donez-Kohle⁷⁴. In einem Erlaß vom 28. Juni 1942⁷⁵ stellte er fest, daß der schnelle Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten und die Ausnutzung des russischen Raumes für die deutsche Kriegswirtschaft sei. „Jede dort mehr geförderte Tonne Kohle trägt erheblich zur Entlastung der Transportlage und des Nachschubs nach dem Osten bei“, betonte Hitler und wies die Heeresgruppe Süd an, die für den Wiederaufbau der Kohlenförderung eingesetzten Stellen „mit allen Mitteln“ zu unterstützen. Dem Donezbergbau sollten im Juli 1942 30 000 und im August und September je 15 000 Kriegsgefangene einschließlich Bewachungsmannschaften zur Verfügung gestellt und die dort beschäftigten Bergarbeiter in der Verpflegung den bei der Wehrmacht tätigen russischen Hilfskräften gleichgestellt werden. Bei der Inanspruchnahme von Werkstätten mußten künftig Truppen- und Bergbaubedarf gleichrangig behandelt werden. Materialtransporte aus dem Reich für die Instandsetzung der Zechen sollten als Wehrmachttransporte durchgeführt und die Anschlüsse der Gruben an das Eisenbahnnetz bevorzugt fertiggestellt werden, um die dort lagernden Vorräte beschleunigt dem Verbrauch zuführen zu können.

Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost bemühte sich, die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben aus eigener Kraft zu verbessern. Pleiger gab den Betriebsführern mit Nachdruck die Anweisung, die russische Belegschaft gut zu behandeln⁷⁶, und drohte, gegen Betriebsangehörige, die sich nicht danach richteten, mit äußerster Strenge vorzugehen⁷⁷. Die leitenden Angestellten erhielten den Auftrag, darauf zu achten, daß bei der Verpflegungsausgabe keine Unterschiede zwischen Deutschen und Russen gemacht würden⁷⁸. Mehrere Betriebe richteten Werkküchen ein und gaben an die deutschen und russischen Beschäftigten warme Mahlzeiten aus, die Asow-Werke in Mariupol z. B. täglich bis zu 24 000 Portionen⁷⁹. Um außer den von den Ernährungsämtern zugeteilten Lebensmitteln zusätzliche Mengen zur Verfügung zu haben, versuchte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, von der Militärverwaltung für jeden Betrieb Land zugeteilt zu bekommen. Einige Werke brachten es nebenbei zu einer ansehnlichen landwirtschaftlichen Produktion. Den Asow-Werken standen 4 000 ha Garten- und Ackerland zur Verfügung. Davon bewirtschafteten sie einen Teil selbst, den anderen verteilten sie an die Gefolgschaftsmitglieder⁸⁰. Die Neue Maschinenfabrik in Kramatorsk baute

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/51.

⁷⁶ Vgl. Prof. Dr. Georg Bierett in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 223, S. 2.

⁷⁷ Vgl. Carl Hoffmeister in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 247, S. 3.

⁷⁸ Vgl. Dr. Heinrich Kuhlmann in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 210, S. 4.

⁷⁹ Vgl. Kaufmännischer Rechenschaftsbericht der Asow-Werke, Mariupol, Rheinhausen, 15. 1. 1944, in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 221, S. 7.

⁸⁰ Ebenda, S. 7 f.

auf 1200 ha Gemüse, Mais, Sonnenblumen und Kartoffeln an⁸¹. Einige Werke verfügten über Getreide- und Ölmühlen, Bäckereien, Marmeladenfabriken, Obst- und Gemüsetrockenanlagen und hielten Milchkühe. Zur weiteren Aufbesserung der Lebensmittelzuteilungen wurde Tauschhandel betrieben. Im Auftrage der Betriebsleitungen fahren Abordnungen russischer Arbeitskräfte mit Lastwagen über Land und tauschten einfache Produkte ihrer Fabriken, z.B. Nägel, Ersatzteile für Panjewagen, Eßbestecke, Kochtöpfe, Schaufeln und Hacken, gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse. Andere fuhren an das Asowsche Meer und brachten von dort Fische mit⁸². Das Werk Molotow in Dnjepropetrowsk hatte drei Kähne im Einsatz, mit deren Hilfe die am Dnjepr gelegenen Dörfer aufgesucht wurden⁸³. Auf Anordnung Pleigers verteilten Betriebe der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost an russische Arbeiter kostenlos als Prämie Schuhe, Kleidungsstücke, Hausrat⁸⁴, das Werk Molotow zum Osterfest 1943 300 Armbanduhrer⁸⁵.

Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost wandte sich scharf gegen die Anwerbungsaktionen Sauckels, die ihr Arbeitskräfte entzogen, Angst und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiteten und den Nährboden für Sabotageakte schufen. Nach dem Zeugnis des Inspektors der Wirtschaftsinspektion Süd, Generalmajor Nagel, war Pleiger „einer der stärksten Gegner dieser Anwerbungen“, die ihm die Arbeit erschwerten. Er veranlaßte die Eisenbahn, Abtransporte zu hintertreiben⁸⁶. Als aus Nikopol Russen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt werden sollten und Unruhe unter den Einwohnern entstand, setzte sich ein leitender Angestellter des Manganerzbergbaus mit Pleiger in Verbindung. Dieser richtete unverzüglich Fernschreiben an die verantwortlichen Stellen des Unternehmens in der Ukraine und machte es ihnen zur Pflicht, sich der Abziehung von Arbeitskräften zu widersetzen. Daraufhin verhinderten Angestellte der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost in Nikopol die Abfahrt der Züge⁸⁷. Pleiger erreichte schließlich, daß wenigstens das Zentrum des Manganerzbergbaus zum Sperrgebiet für die Werber Sauckels erklärt wurde.

Trotz aller Schwierigkeiten – z.B. waren Ende Dezember 1942 erst 5 % der früher im Donezgebiet installierten Leistung von 700 000 kW wieder einsatzfähig, für den gesamten Bedarf standen 36 000 kW zur Verfügung, wovon die Steinkohle jedoch nur 3–4 000 kW bekam, während 30 000 kW allein für die Wasser-

⁸¹ Vgl. Dr. Heinrich Hedtstück in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 230, S. 5.

⁸² Ebenda.

⁸³ Vgl. Gerhard Albert in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 246, S. 2.

⁸⁴ Vgl. Dr. Heinrich Kuhlmann in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 210, S. 2.

⁸⁵ Vgl. Gerhard Albert in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 246, S. 5.

⁸⁶ Hans Nagel in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 208, S. 5.

⁸⁷ Vgl. Carl Hoffmeister in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 247, S. 2.

haltung der Gruben benötigt wurden⁸⁸, – wurde der Wiederaufbau im Donezbergbau energisch vorangetrieben. Nach der Übernahme der Donezgruben durch die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost am 1. März 1942 entwickelte sich die Produktion günstig. Von November 1941 bis Ende Januar 1942 betrug die Steinkohlenförderung im Donezbecken insgesamt 9000 t, im Februar 6000 t, im März 9500 t, im April jedoch bereits 30 000 t, im Mai 60 000 t, im August knapp 90 000 t und im Oktober 240 000 t⁸⁹. Im Dezember 1942 wurden in 68 Bergwerken und 314 Kleinschächten 392 000 t Steinkohle gefördert. Die durchschnittliche Tagesproduktion betrug in diesem Monat 15 600 t. Insgesamt waren bis Ende Dezember 1942 1,434 Mio. t Steinkohle gefördert worden. Die von Pleiger im April bis Jahresende in Aussicht gestellte Erzeugung war also erreicht worden. Die Wiederinbetriebnahme von 100 Gruben und 167 Kleinschächten wurde vorbereitet, 697 Betriebe lagen noch still, von ihnen waren 334 ersoffen⁹⁰.

Im März 1942 waren im Donezbergbau knapp 30 000 russische Zivilarbeiter beschäftigt, Ende Dezember rund 60 000, außerdem 36 500 in den nach der Sommeroffensive neu eroberten Bergbaugebieten. Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im allgemeinen schlecht. Anstatt der zugesagten 60 000 Kriegsgefangenen waren Ende 1942 8200 eingesetzt⁹¹. Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost hatte in den besetzten Ostgebieten am 31. Dezember 1941 91, am 31. Dezember 1942 dagegen 2206 deutsche Angestellte. Die meisten von ihnen, nämlich 1805, waren bei der Steinkohlenbergbauverwaltung Ukraine beschäftigt⁹².

Im Bereich der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie verfolgte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost das Nahziel, einzelne Betriebe wenigstens so weit in Gang zu setzen, daß sie die vorhandenen Materialbestände verarbeiten und einen Teil des dringendsten Bedarfs der im Südabschnitt stehenden Truppen, der Organisation Todt, der Eisenbahn, des Bergbaus und der Landwirtschaft decken konnten. Wie beim Bergbau bestand auch bei der Eisenindustrie die Möglichkeit, erhaltene und reparaturfähige Maschinen oder deren Teile aus den für eine Wiederinbetriebnahme vorerst nicht in Betracht kommenden Werken zu entnehmen, sie zusammenzufassen, durch Zulieferungen aus dem Reich oder aus anderen Gebieten zu ergänzen und so eine behelfsmäßige Fertigung anlaufen zu lassen. Anfang Februar 1942 richtete die Gesellschaft in Dnjeppropetrowsk eine Verwaltung für die ukrainischen Hüttenwerke ein, die zunächst die Betriebe des Dnjeprbogens, seit dem Sommer 1942 auch diejenigen östlich des Dnjeprs umfaßte, die

⁸⁸ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 5, 7f.

⁸⁹ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Chefgruppe W, Gruppe Bergbau: Abschlußbericht der Gruppe Bergbau vom 25. 10. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1394).

⁹⁰ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 9.

⁹¹ Ebenda, S. 7f.

⁹² Ebenda, S. 3.

bis dahin den Militärbefehlshabern unterstanden⁹³. Im Frühjahr nahmen einige Anlagen in beschränktem Umfang die Produktion auf und erzeugten u. a. Material für die Instandsetzung von Gruben, Wassertürme für die Eisenbahn, Pflüge, Achsen für Panjewagen, Draht, Nägel, Schrauben und Bolzen. Die Werksgruppe Dnjepropetrowsk lieferte z. B. von Januar bis März 1942 2225 t Walzgut an die Wehrmacht, 116 t an die Bahn und 904 t an die Landwirtschaft⁹⁴. Im Laufe des Jahres 1942 richtete die Gesellschaft ihr Hauptaugenmerk darauf, Maschinen für „Sofort-Hütten“, d. h. für solche, die möglichst schnell angefahren werden sollten, zu beschaffen. Sie bemühte sich, aus dem Beutelage der OKW in Danzig eine größere Anzahl von Werkzeugmaschinen, Werkzeugen und Motoren zu erhalten, und erreichte, daß Ausrüstungsgegenstände, die infolge kriegsbedingter Produktionseinschränkungen und Fabrikationsumstellungen in Deutschland nicht mehr genügend ausgenutzt wurden, bei der deutschen Industrie für den Einsatz in der Ukraine beschlagnahmt wurden. Besonders schwierig gestaltete sich die Beschaffung von schweren Walzenzugmotoren für Block- und Grobstraßen, da diese auch im Reich dringend benötigt wurden und lange Lieferfristen hatten. Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost sorgte deshalb dafür, daß geeignete Aggregate in stillliegenden Betrieben in Belgien und Frankreich beschlagnahmt wurden und klagte nur darüber, daß dieser Ausweg „umständlich und zeitraubend“ war. Auch Gebläsemaschinen und Konvertergefäße wurden „soweit nötig und möglich, aus im Westen beschlagnahmten Werksanlagen ergänzt“⁹⁵. Für die Instandsetzung der Siemens-Martin-Öfen wurden die vorgefundenen Vorräte an feuerfesten Steinen verwandt, der weitere Bedarf durch russische Fabriken gedeckt, die mit Hilfe einer Reichswerketochtergesellschaft aus Goslar in Betrieb gesetzt worden waren.

Im Dezember 1942 unterstanden der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost 18 Hüttenwerke im Dnjepr- und Donezgebiet sowie 26 Fertigungsbetriebe⁹⁶. Soweit auf einzelnen Werken die Produktion aufgenommen worden war, beschränkte sich diese in erster Linie auf die Verarbeitung des vorgefundenen Materials, da die Rohstahlerzeugung erst gegen Ende des Jahres in geringem Umfang in Gang gebracht und von Oktober bis Dezember monatlich 3–5000 t produziert worden waren. In ihrem Arbeitsbericht für das Jahr 1942 nennt die Gesellschaft elf Werke, in denen die Produktion bis Jahresende angelaufen war. Zum Beispiel erzeugte die Hütte Kamenskoje u. a. Feibleche, die Hütte Petrowski Flakschlitten, die Hütte Makejewka Spaten, Autofedern und Bolzenketten, die Hütte Asow-Stahl I und II Grob- und Mittelbleche, Panzermaterial, Sämaschinen, Bunkeröfen, und die Alte Maschinenfabrik in Kramatorsk setzte Bergwerksmaschinen und Förder-

⁹³ Vgl. Dr. Heinrich Kuhlmann in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 209, S. 2.

⁹⁴ Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m. b. H. nach dem Stande vom 30. 4. 1942, Nbg. Dok. NG-5702, S. 9.

⁹⁵ Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m. b. H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 18.

⁹⁶ Ebenda, S. 15f.

gerüste instand. Ferner wurden in größerem Umfang produziert: Eisenkonstruktionen, Moniereisen, Schienennägel, Betten, Nägel, Schrauben, Hufeisen, Panjewagen, Pflüge, Walzen, Schneeketten, Grubenwagen, Rutschen, Förderhaspeln, Zahnräder, Panzerschutzschilde und Blechgeschirr. Auf verschiedenen Werken, z. B. Stalino, Asow II und Makejewka, wurden auch kleinere Graugußstücke gefertigt, in der Hauptsache Kolbenringe, Räder für Grubenhunde und Bremsklötze für die Eisenbahn. Im Durchschnitt wurden monatlich insgesamt 8–10000 t Fertigerzeugnisse hergestellt⁹⁷. Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Süd bescheinigte der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, daß sie es in den Fertigungsbetrieben und Reparaturwerkstätten zu einer „ansehnlichen Produktion“ gebracht, einen großen Teil des örtlichen Bedarfs der Truppe gedeckt und auch einen Teil des Beschaffungsprogramms des Generalquartiermeisters durch Lieferung von Fahrzeugen, Schlitten, Geschirren und Unterkunftsgesamt durchgeföhrt habe⁹⁸.

Da die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost die umfangreichen Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten in den zahlreichen Hüttenwerken und Maschinenfabriken mit eigenen oder vor allem von den Reichswerken zur Verfügung gestellten Fachkräften nicht bewältigen konnte, drängte Pleiger seit dem Sommer 1942 darauf, daß leistungsfähige deutsche Unternehmen der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie einzelne ukrainische Betriebe oder Betriebsteile im Auftrage der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost als Paten führten. Er wollte z. B. Krupp, die Gutehoffnungshütte, die Vereinigten Stahlwerke und die anderen großen Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie zur Mitarbeit heranziehen, um auf diese Weise Ingenieure, Techniker, Monteure, Kaufleute und Büroangestellte, aber auch Maschinen dieser Firmen für den Einsatz im Dnjepr- und Donezgebiet zu gewinnen. Wegen der Übernahme von Patenschaften verhandelte er mit maßgeblichen Industriellen, die in der Regel kein oder nur wenig Interesse daran hatten, in dem zerstörten russischen Industriegebiet neue Aufgaben übertragen zu bekommen, zumal sie die Spezialisten und die maschinelle Ausrüstung ihrer Werke in der Heimat dringend benötigten.

Während sich einzelne Unternehmer gegen Ende des Frankreichfeldzuges und erst recht nach dem Abschluß des Waffenstillstandes intensiv darum bemüht hatten, wertvolle französische Berg- und Hüttenwerke von der Vierjahresplanbehörde zuteilt zu bekommen, um z. B. für die rheinisch-westfälischen und saarländischen Hochofenwerke eine eigene Erzbasis zu gewinnen oder den im Ruhr-Revier vorhandenen Steinkohlenbesitz durch Verhüttungskapazitäten in Lothringen zu ergänzen, also Vorteile für den eigenen Konzern zu erlangen, drängten sie sich nun keineswegs danach, mit der Führung ukrainischer Betriebe betraut zu werden, denn es war ihnen klar, daß sie in absehbarer Zeit keinen Nutzen davon haben könnten. Lohnende Objekte gab es kaum. Die wenigen gut erhaltenen Produktionsstätten waren von vornherein für ein Sonderprogramm, die Munitionsferti-

⁹⁷ Ebenda, S. 20 f.

⁹⁸ Hans Nagel in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 208, S. 3.

gung, ausgeklammert. Was übrig blieb, wies einen so hohen Grad der Zerstörung auf, daß vorerst nur ein mühsames Scherbensammeln und eine behelfsmäßige Fertigung unter äußerst großen Schwierigkeiten zu erwarten waren. Für den Heimatbetrieb winkte also keine Stärkung, sondern drohte eine Belastung. Allenfalls bestand die Aussicht, in ferner Zukunft Eigentumsrechte an den vorerst nur treuhänderisch unter der Oberaufsicht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost zu verwaltenden Fertigungsbetrieben übertragen zu bekommen, aber auch diese Aussicht bewirkte keinen Run auf einzelne Objekte. Um die Abneigung der Industriellen, an die er herantrat und die zum Teil seine Kollegen im Präsidium der Reichsvereinigung Kohle waren, zu überwinden, wandte Pleiger mehr oder weniger starken Druck an. Er wies sie darauf hin, daß es ihre „nationale Pflicht“⁹⁹ sei, sich als Paten ukrainischer Werke anzunehmen und diese für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Dieser Aufgabe dürften sie sich nicht entziehen. Ausweichende Antworten ließ Pleiger nicht gelten. Als z.B. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach den Einwand erhob: „Wir sind sehr stark belastet“, ließ er nicht locker und konterte: „Bedaure sehr, das kann ich für mich auch in Anspruch nehmen.“¹⁰⁰ Um Krupp eindringlich vor Augen zu führen, daß die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mit ihrem Team von Reichswerke-Ingenieuren außerstande sei, alle für eine Wiederinbetriebnahme in Betracht kommenden Werke ohne Hilfe anderer Firmen in Gang zu setzen, nahm er ihn im Flugzeug mit in die Ukraine und bat ihn, sich an Ort und Stelle den „Trümmerhaufen“¹⁰¹ anzusehen. Wie Krupp, brachte Pleiger schließlich auch andere Unternehmer dazu, ihre Bereitschaft zur Führung ukrainischer Betriebe zu erklären. In keinem Fall geschah dies aufgrund einer ausdrücklichen Anordnung, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß entsprechende Weisungen erteilt worden wären, wenn sich einzelne Konzerne energisch gegen einen Einsatz in der Ukraine gesträubt hätten.

Als eine ganze Reihe deutscher Firmen im Herbst 1942 Patenschaften übernommen hatte, stellte Pleiger am 3. November die „Grundsätze für die Führung von Patenschaftsbetrieben der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H.“ auf¹⁰². Die in Patenschaft vergebenen Betriebe wurden als „Sondervermögen des Deutschen Reiches“, die Patenschaft als Treuhandauftrag der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost an den Paten bezeichnet. Der Patenbetrieb war weder rechtlich noch wirtschaftlich ein Teil des Heimatbetriebes des Paten. Der Pate hatte alle Maßnahmen zu treffen, um das ihm zugewiesene Werk „in kürzester Frist für die Reichsverteidigung in wirksamster Weise nutzbar zu machen“¹⁰³. Die Gesamtplanung für den Aufbau, die Produktion und den Absatz lag bei der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost. Sie stellte die für die Wiederingangsetzung, den Aus-

⁹⁹ Pleiger in: Fall X, Prot. S. 5838.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 5839.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Nbg. Dok. NI-3689.

¹⁰³ Ebenda, S. 1.

bau und den Betrieb der Werksanlagen notwendigen Geldmittel zur Verfügung und zahlte Miete für die von den Paten aus ihren eigenen Beständen eingesetzten Geräte. Der Verkauf von Vorräten oder Erzeugnissen durfte nur nach ihren Weisungen erfolgen. Die Erlöse flossen der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost zu. Um einen Anreiz für die Führung ukrainischer Betriebe zu schaffen, sicherte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost zu, sie werde sich dafür einsetzen, „daß der Pate bei der endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse an den Industriebetrieben in den besetzten Ostgebieten nach Maßgabe seiner Mitarbeit an dem Aufbau der deutschen Wirtschaft berücksichtigt wird“¹⁰⁴.

Fast alle großen Gesellschaften der Eisenhüttenindustrie sowie mehrere Stahlbaufirmen, Maschinenfabriken und Unternehmen der Elektroindustrie übernahmen Patenschaftsbetriebe, z. B. führte der Dortmund-Hoerder Hüttenverein die Hütten Stalino und Rykowo¹⁰⁵, die Gutehoffnungshütte die Hütte Kramatorsk und die dortige Alte Maschinenfabrik, die Hoesch A.G. die Hütte Kriwoj Rog, die Klöckner-Werke-A.G. die Hütte Konstantinowka, die Fried. Krupp A.G. die Hütte Asow-Stahl I und II und das Röhrenwerk Kuibyschew in Mariupol sowie die Neue Maschinenfabrik in Kramatorsk, die Mannesmannröhren-Werke die Hütte Taganrog, die Vereinigten Stahlwerke die Hütte Makejewka, und die Mitteldeutschen Stahlwerke gründeten gemeinsam mit den Reichswerken die Dnjepr-Stahl G.m.b.H. und betrieben mehrere Werke im Raum Dnjepropetrowsk¹⁰⁶.

Einige ukrainische Werke hatten einen Sonderauftrag zu erfüllen. Im April 1942 befahl Hitler, in der Ukraine zur Entlastung der Industrie in der Heimat große Munitionsfertigungen aufzuziehen¹⁰⁷. Durch eine Kommission des Heereswaffenamtes und des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition wurden geeignete Fabriken, die nur geringe Ausbaurbeiten erforderten, im Dnjepr-Donetz-Abschnitt ausgesucht. Reichsminister Speer beauftragte den Leiter des Hauptausschusses Munition und Geschäftsführer der Reichswerktochtergesellschaft Stahlwerke Braunschweig, Geilenberg, in Verbindung mit dem OKH das sogenannte „Iwan-Programm“ durchzuführen. Dieser setzte deutsche Munitionsproduzenten ein, z. B. Krupp für Mariupol und die Stahlwerke Braunschweig für das Dnjeprgebiet, und vereinbarte mit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, die für die in das Iwan-Programm eingeschalteten Betriebe nicht zuständig war, sich auf die Zulieferung von Kohle und Stahl einzustellen. Da sämtliche für das Vorhaben „Iwan“ benötigten Maschinen aus dem Reich herangeschafft werden mußten, verging jedoch geraume Zeit, bis die Produktion aufgenommen werden

¹⁰⁴ Ebenda, S. 6.

¹⁰⁵ Vgl. Dr. Adolf Klinkenberg in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 224.

¹⁰⁶ Vgl. Anlage 6 zum Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 214, S. 13 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Konferenz Hitlers mit Speer am 14./15. 4. 1942, Punkt 19, Boelcke, a. a. O., S. 99.

konnte. Die Munitionsfertigung war erst im Anlaufen begriffen, als das Gebiet auf Grund der militärischen Lage bereits wieder geräumt werden mußte¹⁰⁸.

Als Pleiger dem Verwaltungsrat der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost im März 1943 Bericht erstattete, mochte er annehmen, die größten Schwierigkeiten bei der Ingangsetzung der ukrainischen Bergbau- und Hüttenbetriebe nunmehr überwunden zu haben. Vor allem der Manganerzbergbau in Nikopol hatte sich günstig entwickelt. Bis Ende Dezember 1942 waren 642000 t Manganerz – eine Menge, die etwa der Hälfte der friedensmäßigen sowjetischen Jahresproduktion entsprach – gefördert, 103000 t Konzentrate mit einem durchschnittlichen Mn-Gehalt von 45,6 % erzeugt und 144000 t Konzentrate sowie 200000 t Reicherze versandt worden¹⁰⁹. Der deutsche Verbrauch war durch die Lieferungen aus Rußland in der Zeit von Juli bis Dezember 1941 zu 40 %, von Januar bis Juni 1942 zu 70 % und von Juli bis Dezember 1942 zu 128,6 % gedeckt worden¹¹⁰. Um die Ausbeutung des Manganerzvorkommens von Nikopol im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft noch weiter steigern zu können, plante die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost die Neueinrichtung von Abbauanlagen. Mehrere Tausend Meter Bohrlöcher waren niedergebracht worden, um genauen Aufschluß über die Verbreitung der Lagerstätte zu erhalten. Die Bohrungen hatten außerordentlich große, nämlich 7,2 Mio. t sichere, 49,1 Mio. t wahrscheinliche und 269,4 Mio. t mögliche Vorräte ergeben¹¹¹. Durch die guten Ergebnisse ermutigt, strebte die Gesellschaft das Ziel an, im Jahre 1943 die Förderung in Nikopol so weit zu erhöhen, daß sie in der Lage war, den gesamten europäischen Manganerzbedarf zu decken¹¹².

Aus Kriwoj Rog waren bis Ende 1942 347000 t Eisenerz abtransportiert¹¹³ und über die Reichsvereinigung Eisen verkauft worden. Nun sollte auch dort die Förderung anlaufen, und Pleiger rechnete damit, daß noch im Jahre 1943 die ersten Hochöfen in der Ukraine wieder angeblasen werden könnten¹¹⁴. Die Kohlenversorgung durch den Donezbergbau war nach wie vor unzureichend, und es mußten noch immer Kohlen aus Oberschlesien bis zum Dnjepr nachgeschoben werden. Aber Pleiger hoffte, bis Mitte 1943 die Steinkohlenproduktion, die bisher maximal 19000 t/Tag erreicht hatte, im Frühjahr infolge einer militärischen Krise aber

¹⁰⁸ Vgl. Edmund Geilenberg in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. F' 212, S. 1.

¹⁰⁹ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 14.

¹¹⁰ Vgl. Jörg-Johannes Jäger, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, Berlin 1969, S. 205.

¹¹¹ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 11 f.

¹¹² Vgl. Protokoll über die Verwaltungsratssitzung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. am 31. 3. 1943 in Berlin, Nbg. Dok. NI-5261, S. 5.

¹¹³ Vgl. Auszug aus dem Arbeitsbericht der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. für das Jahr 1942, Nbg. Dok. NI-4332, S. 10.

¹¹⁴ Vgl. Protokoll über die Verwaltungsratssitzung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. am 31. 3. 1943 in Berlin, Nbg. Dok. NI-5261, S. 6.

stark zurückgegangen war, unter der Voraussetzung, daß ihm Strom, Grubenholz, Arbeitskräfte und Lebensmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt würden, auf 30 000 t/Tag, bis Jahresende sogar auf 50–60 000 t/Tag bringen zu können¹¹⁵. Diese kühne Prognose wagte er vor allem deshalb, weil es im Januar 1943 endlich gelungen war, den Staudamm des Dnjeprkraftwerkes Saporoschje wiederherzustellen, und sich die Energieversorgungslage dadurch entscheidend gebessert hatte.

Mochte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost in den von ihr geführten Betrieben auch noch so günstige Voraussetzungen geschaffen haben, die ein Ansteigen der Produktion in den Jahren 1943 und 1944 erwarten ließen, der Erfolg ihrer Arbeit hing von der Entwicklung an der Front ab, und die deutsche Niederlage in Stalingrad bedeutete auch für ihre Tätigkeit den Anfang vom Ende. Die Rote Armee setzte zum Gegenstoß an und eroberte im Februar 1943 Teile des Donezgebietes zurück, so daß die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost einige bereits in Gang gesetzte Werke vorübergehend aufgeben mußte. Doch es gelang der Heeresgruppe Süd, Ende Februar/Anfang März die Lage zwischen Donez und Dnjepr wiederherzustellen. Für kurze Zeit trat noch einmal Ruhe vor dem großen Sturm ein. Die Stabilisierung der Front ließ bei den meisten deutschen Angehörigen der Gesellschaft wieder das Gefühl der Sicherheit aufkommen. Der Ausbau der Betriebe und die Produktion liefen ohne Kürzungen der aufgestellten Programme weiter. Vor allem mußten die großen, sich auf Jahre erstreckenden Planungen auf dem Gebiet der Eisenerzeugung und Munitionsfertigung in den Betriebsführern die Überzeugung festigen, daß sie trotz der Frontnähe in einem militärisch völlig gesicherten Abschnitt arbeiteten und keinen Anlaß zur Beunruhigung hatten.

Die Steinkohlenförderung des Donezbeckens hatte im Januar 1943 mit 450 000 t das bis dahin beste Ergebnis erbracht, sie war infolge des militärischen Rückschlages im Februar jedoch auf 182 000 t zurückgefallen, erholte sich aber ab März wieder und erreichte im Juni bereits 394 000 t. Im Juli konnte die Förderung um mehr als 15 % gegenüber dem Vormonat gesteigert werden. Sie erreichte das Rekordergebnis von 455 600 t, die höchste Monatsleistung während der deutschen Besatzung¹¹⁶. Die Energieversorgung war durch die Stromerzeugung von Saporoschje voll gesichert. Die Verkehrslage war durchweg günstig, und die Abfuhr der Förderung ging reibungslos vonstatten. Von den im Juli 1943 aus dem Donezgebiet abtransportierten 487 000 t Steinkohle, deren Qualität, soweit es sich um Grobkohle handelte, in der letzten Zeit durch verstärkten Einsatz von Lesebändern und durch Ausklauben von Steinen wesentlich verbessert worden war, erhielten 277 000 t die Wirtschaft, 111 000 t die Truppe und 99 000 t die Eisenbahn¹¹⁷.

¹¹⁵ Ebenda, S. 5f.

¹¹⁶ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Chefgruppe W, Gruppe Bergbau, Abschlußbericht der Gruppe Bergbau vom 25. 10. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1394).

¹¹⁷ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Chefgruppe W, Gruppe Bergbau, Lagebericht für die Zeit vom 16. 7. bis 15. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv W 08-1/55).

Der deutlichen Aufwärtsentwicklung der Produktion der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost wurde durch die militärischen Ereignisse im Sommer 1943 ein jähes Ende gesetzt. Der deutsche Rückzug zog einen dicken Strich durch die Zukunftspläne der Gesellschaft. Im Juli lebte die Kampftätigkeit am Kuban-Brückenkopf, an der Mius- und Donezfront sowie im Raum von Bjelgorod wieder auf. Zwar mußte die Förderung im Zechenbezirk Tschistjakowo mehrere Tage eingestellt werden, da die dortigen Bergarbeiter zum Stellungsbau herangezogen wurden, die Mehrzahl der Betriebe arbeitete jedoch, auch soweit sie in unmittelbarer Nähe der Front lagen, z.B. im Raum Taganrog, Konstantinowka und Slawjansk, „im wesentlichen unbeeinträchtigt weiter“¹¹⁸. Um die Monatswende Juli/August 1943 zeichneten sich Vorbereitungen der Roten Armee für einen massiven Angriff auf das Donezgebiet ab. Nachdem die ständigen nächtlichen Luftangriffe in der Gegend von Stalino sich bisher im wesentlichen auf die Flugplätze Stalino und Makejewka beschränkt hatten, wurden in der Nacht zum 1. August Brand- und Sprengbomben und brennende Phosphorkörper im Stadtgebiet von Stalino abgeworfen¹¹⁹. Am 3. August brach der russische Angriff gegen die Nordfront der Heeresgruppe Süd westlich von Bjelgorod los, und schon drei Tage später wurde für die besonders gefährdete Stadt Charkow der Räumungsbefehl ausgelöst¹²⁰. Das Oberkommando der Heeresgruppe Süd gab der Wirtschaftsinspektion Süd am 10. August die mündliche Weisung, Überlegungen darüber anzustellen, welche Maßnahmen für die „Auflockerung“ des Donezgebietes einzuleiten wären¹²¹. Wenige Tage später ordnete Speer an, wertvolle Eisen- und Stahlmengen, insbesondere die Erzeugnisse der Siemens-Martin-Öfen, die ursprünglich weitgehend zurückgehalten werden sollten, aus dem Donezgebiet nach Deutschland abzutransportieren¹²². Da das fortzuschaffende Material die Grundlage für das Hüttenprogramm der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost und für das Iwan-Programm bildete, bedeutete dieser Befehl, daß der Minister nicht mehr daran glaubte, daß die Fertigung in der Ukraine wie geplant würde durchgeführt werden können. Die Wirtschaftsinspektion Süd befahl, möglichst geringe Kohlenvorräte im Donezgebiet zu halten und Kohle von den bahngeschlossenen Halden nach Westen zu transportieren.

Am 14. August erließ die Wirtschaftsinspektion die 1. Anordnung über Sofortmaßnahmen und weitere Vorbereitungen zur wirtschaftlichen Auflockerung des Donezgebietes, die im wesentlichen die Drosselung, Stilllegung und Verlagerung

¹¹⁸ Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat Juli 1943, S. 1 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹¹⁹ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 1. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/415).

¹²⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 13 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹²¹ Ebenda, S. 6.

¹²² Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 13. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/415).

von Betrieben in Taganrog vorsah. Abtransporte wurden jedoch durch den Mangel an Frachtraum erheblich behindert. Vor allem Lastkraftwagen zur Beförderung von Wirtschaftsgütern von Taganrog zum Eisenbahndepot Uspenskaja waren knapp, da sie für militärische Transporte beschlagnahmt waren¹²³. In Charkow wurden bis zum 20. August 70 % der Betriebe von deutschen Truppen gesprengt¹²⁴. Alle industriell wichtigen Güter, vor allem wertvolle Maschinen, waren abtransportiert, nur noch Schrott und 5000 t Stähle waren dort verblieben, als die letzten Soldaten am 22. August die Stadt verließen.

Vom 19. bis zum 22. August konferierte Hitler mit Speer und erörterte dabei auch die Lage in der Ukraine. Wie Speer notierte, legte Hitler „ausdrücklich fest, daß das Donezgebiet weiter in unserem Besitz bleiben soll, daß jedoch alles, was im Donezgebiet nicht unbedingt notwendig ist, von dort zu verschwinden habe, um nicht unter Umständen dem Feind bei einer erzwungenen Räumung wertvolle Hilfsstellung zu geben“¹²⁵. Weitere Werkzeugmaschinen sollten nicht mehr in das Donezgebiet geschafft werden, es sei denn zur Komplettierung fast vollständiger Straßen. Mit Beschleunigung sollten östlich des Dnjeprs alle für die Rüstung in der Heimat verwendungsfähigen Hallen demontiert, der Abbau der nicht der Kohlenförderung dienenden Kraftwerke vorbereitet und der Abtransport von Rohblöcken intensiviert werden. Die Demontage von Werken westlich des Dnjeprs war noch nicht vorgesehen.

Nachdem diese Informationen aus dem Hauptquartier bei der Wirtschaftsinspektion Süd eingegangen waren, teilte der Inspekteur leitenden Ingenieuren der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost am 21. August mit, daß das Donezgebiet „mit allen Mitteln“ gehalten werden solle¹²⁶. Trotzdem fragten die Wirtschaftskommandos nun bei den am meisten gefährdeten Werken an, wieviele Waggons sie benötigten, um Maschinen zu einer „vorübergehenden Auflockerungs- und Lähmungsaktion“ in das Gebiet westlich des Dnjeprs zu bringen¹²⁷. Einige Betriebe begannen daraufhin mit der Verlagerung von Anlagen und Gerät, z. B. fertigte die Neue Maschinenfabrik in Kramatorsk Ende August im Laufe von zehn Tagen etwa 100 Waggons ab¹²⁸. Am 28. August wurden die Verlagerung der Munitionsproduktion und der Abtransport sämtlicher Bestände an Stahl und Eisen ohne Rücksicht auf das Iwan- und sonstige Fertigungsprogramme angeordnet¹²⁹.

¹²³ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 14 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹²⁴ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 20. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹²⁵ Konferenz Hitlers mit Speer vom 19. bis 22. 8. 1943, Punkt 15, Boelcke, a. a. O., S. 288.

¹²⁶ Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 21. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹²⁷ Dr. Wilhelm Heinrichs in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 234, S. 7.

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 28. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

Die militärischen Operationen begannen, sich auch auf den Donezbergbau auszuwirken. Die Steinkohlenförderung war im August zunächst weiter angestiegen, fiel dann aber in den letzten Tagen des Monats steil ab. Bis Mitte August erfolgte die Abfuhr bei glatter Waggongestellung reibungslos. Seitdem entstanden jedoch in zunehmendem Maße Versandschwierigkeiten, da die Eisenbahn die Verladung von Wirtschaftsgütern auf zahlreichen Strecken sperrte¹³⁰.

In Taganrog zeigte sich ganz deutlich, daß der Befehl zur Auflockerung viel zu spät gegeben worden war. Die geplanten Maßnahmen zur Verlagerung von Betrieben und zur Rückführung von Rohstoffen konnten nicht mehr in dem vorgesehenen Umfang durchgeführt werden, da die Räumung der Stadt bereits Ende August Hals über Kopf erfolgte¹³¹. Im Kriegstagebuch der Wirtschaftsinspektion Süd findet sich unter dem 29. August 1943 die Eintragung, aus Taganrog seien „praktisch keine Wirtschaftsgüter herausgekommen“¹³². Mit Ausnahme des Elektrizitäts- und Wasserwerks blieben die Betriebe unzerstört. Diese Erfahrung veranlaßte den Inspekteur zu der grundsätzlichen Weisung: „Mehr zerstören als lähmen!“¹³³. In Taganrog nahm die abziehende Truppe nicht nur die Fahrzeuge, die zum Abtransport von Maschinen und dergleichen bestimmt waren, für sich in Anspruch, sondern beschlagnahmte auch die Lastkraftwagen, auf denen die zum Abrücken mit den Betriebsführern bereiten russischen Belegschaften bereits verladen waren, und holte die Leute herunter¹³⁴.

Hitler, der sich den Vorschlägen des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall von Manstein, das Donezgebiet aufzugeben, um wenigstens andere Abschnitte mit den vorhandenen Kräften halten zu können, bislang widersetzt hatte, gab erst, als die Heeresgruppe dem Angriff der Roten Armee nicht länger hatte standhalten können und den ersten Schritt zur Räumung bereits getan hatte, am Abend des 31. August die Erlaubnis, bestimmte Verbände, „wenn die Lage es unbedingt erfordere und keine andere Möglichkeit mehr bestehe“, schrittweise zurückzunehmen¹³⁵. Schon am folgenden Tag gab der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Süd seinen Offizieren in Stalino bekannt, daß das Donezgebiet östlich der Linie Mariupol–Makejewka–Slawjansk wirtschaftlich geräumt und zerstört werde¹³⁶. Die gesamte Produktion in diesem Raum müsse eingestellt, wertvolle Maschinen und Materialien abtransportiert werden. Die wirtschaftliche Räumung sei „soweit wie irgend möglich“ durchzuführen¹³⁷, was nicht fortge-

¹³⁰ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat August, S. 14f. (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹³¹ Ebenda, S. 14.

¹³² Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413.

¹³³ Ebenda, Eintragung vom 29. 8. 1943.

¹³⁴ Ebenda, Eintragung vom 1. 9. 1943.

¹³⁵ Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Frankfurt/M. 1966, S. 523f.

¹³⁶ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 1. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹³⁷ Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 6. 11. 1943, S. 9 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

schaft werden könne, müsse zerstört werden. Lebensmittel, Treibstoff und Mangelwaren dürften an die Bevölkerung nicht mehr ausgegeben werden. Der Inspekteur unterstrich, es sei befohlen, „alles nachhaltig zu zerstören“, dem Feind dürfe „nur ein Aschengebiet“ bleiben¹³⁸. Zur Frage der Zerstörung der Zentraldienststellen der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost erklärte er ausdrücklich, sie müsse unter dem Gesichtspunkt vorgenommen werden, „daß wir nicht wieder in das Gebiet hereinkommen“¹³⁹.

Nach den Befehlen der örtlichen militärischen Kommandostellen lief nun ein gigantisches Zerstörungswerk an. Was in fast zweijähriger mühevoller Arbeit aufgebaut worden war, wurde binnen weniger Tage in Schutt und Asche gelegt. Die Wirtschaftsinspektion Süd hatte zu Beginn des Jahres 1943 für den ganzen Inspektionsbereich vorsorglich einen Räumungskalender aufgestellt. In diesem waren für jeden einzelnen Betrieb, nach Dringlichkeitsstufen geordnet, die Reihenfolge des Abtransports der Maschinen, des Materials und der Rohstoffe, die benötigte Waggonzahl, die Zahl der für die Verladung erforderlichen Arbeitskräfte, etwa notwendiger Frachtraum auf Lastkraftwagen für den Transport zur Bahn und der Waggonraum für die mitzuführenden Arbeiter festgelegt. Als dann die Auflockerung und kurz darauf die Räumung des Donezgebietes angeordnet wurden, hätten die Maßnahmen programmgemäß nach diesem Kalender ablaufen sollen. Doch die Planung der Inspektion konnte nur in Ausnahmefällen verwirklicht werden. Der allgemeine Räumungsbefehl wurde so spät ausgegeben, daß die vollständige Verlagerung der Einrichtung der großen Betriebe, für die mindestens drei Monate erforderlich gewesen wären, undurchführbar war. In vielen Fällen machte der Mangel an Waggonen und Lokomotiven den Abtransport der Wirtschaftsgüter unmöglich. Besonders nachteilig wirkte sich aus, daß die Versorgungseinrichtungen der Truppe, z.B. Reparaturwerkstätten, zur gleichen Zeit wie die Industriebetriebe geräumt wurden und bei der Rückführung den Vorrang hatten. In manchen Orten wurde vom Kampfkommandanten der Befehl zur Evakuierung der gesamten Bevölkerung gegeben, noch während die Demontage in den Betrieben lief, so daß plötzlich die nötigen Arbeitskräfte fehlten. In einigen Fällen zerstörten Sprengkommandos der Truppe die elektrischen Anlagen vor Beendigung der Verladungen, so daß wegen des Ausfalls der Kräne die größeren Maschinen und Werkstücke nicht mehr bewegt werden konnten¹⁴⁰.

Der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost blieb nicht viel Zeit für die Räumung der Werke. Ohne ausdrücklichen militärischen Befehl durfte sie keinerlei Räumung durchführen und auch keine Abtransporte veranlassen. Die Mehrzahl der Betriebe arbeitete bis zum letzten Augenblick. Zum Beispiel bekam die Leitung

¹³⁸ Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 1. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 14f. (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

der Hütte Rykowo am Tage der Inbetriebnahme der wiederaufgebauten Kokerei die Anweisung, das Werk zu verlassen¹⁴¹. In den meisten Fällen wurde der Räumungsbefehl so kurzfristig gegeben, daß der Aufbruch Hals über Kopf, zum Teil bereits unter Feindbeschuß, erfolgte. Der Betriebsführer der Neuen Maschinenfabrik in Kramatorsk erhielt am 2. September um 8 Uhr die Aufforderung, in wenigen Stunden das Werk zu räumen. Auf zwanzig offenen Waggons verließen die deutsche Belegschaft und etwa 300 ukrainische Männer, Frauen und Kinder fluchtartig die Fabrik. Irgendwelche Maschinen mitzunehmen, war nicht mehr möglich, denn der Strom fiel bereits aus, und die Verladeeinrichtungen waren nicht mehr betriebsfähig. Bereits um 12 Uhr begannen drei Sprengkommandos der Wehrmacht, die Anlagen in Schutt und Asche zu legen¹⁴². Ein Ingenieur von Krupp berichtete: „Die Pioniertrupps der Wehrmacht gingen so schnell und rücksichtslos vor, daß es uns nicht einmal mehr möglich war, Büroeinrichtungsgegenstände vorher zu entfernen.“¹⁴³

Die Steinkohlenförderung im Donezbecken kam in der Zeit vom 31. August bis zum 3. September auf allen Zechen, zuletzt im Bezirk Grischino, zum Erliegen¹⁴⁴. Auch der Kohlenversand von Halde wurde am 3. September völlig eingestellt. In den ersten acht Monaten des Jahres war fast das Doppelte der Produktion des ganzen Jahres 1942 erreicht worden. Von November 1941 bis zum 31. August 1943 wurden insgesamt 4,071 Mio. t gefördert¹⁴⁵, also noch nicht einmal 2 % der im Reich (ohne Protektorat) im Kohlenwirtschaftsjahr 1942/43 erzielten Steinkohlenförderung¹⁴⁶ oder weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier¹⁴⁷: ein in Anbetracht der ungeheuren Strapazen, die mit der Wiederinbetriebnahme der Donez-Gruben verbunden waren, sehr mageres Ergebnis. In welchem Umfang der besetzte Teil der Sowjetunion wegen der geringen Eigenproduktion auf Kohlenzufuhren angewiesen war, lassen Statistiken der Reichsvereinigung Kohle deutlich erkennen. Die Lieferungen von Steinkohle einschließlich Briketts (ohne Steinkohlenkoks und Braunkohlenbriketts) in das besetzte Rußland an die Wehrmacht, die Eisenbahn und den zivilen Bereich beliefen sich von 1941 bis zum Zeitpunkt der Aufgabe des Donezbergbaus, also bis Ende August 1943, auf 17,48 Mio. t, davon erhielt den Löwenanteil mit 13,33 Mio. t die

¹⁴¹ Vgl. Dr. Adolf Junius in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 225, S. 2.

¹⁴² Vgl. Dr. Wilhelm Heinrichs in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 254, S. 7f.

¹⁴³ Bruno Krüger in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 252, S. 3.

¹⁴⁴ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat September 1943, S. 5 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹⁴⁵ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Chefgruppe W, Gruppe Bergbau, Abschlußbericht der Gruppe Bergbau vom 25. 10. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1394).

¹⁴⁶ 264,515 Mio. t. Vgl. Reichsvereinigung Kohle, Statistischer Bericht Nr. 12, S. 3 (Unternehmensverband Ruhrbergbau).

¹⁴⁷ Diese betrug im Kohlenwirtschaftsjahr 1942/43 10,931 Mio. t.

Eisenbahn¹⁴⁸. Die Steinkohlenlieferungen in das besetzte Rußland waren also während des genannten Zeitraumes mehr als viermal so groß wie die unter der deutschen Herrschaft im Donezgebiet erzielte Gesamtförderung.

Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost konnte aus dem Steinkohlenbergbau 248 Waggons hauptsächlich mit Pumpen, Motoren, Transformatoren, Schaltern, Kabeln und sämtlichen aus dem Reich in den letzten Monaten gelieferten Materialien der Zentralläger zurückführen¹⁴⁹. Was nicht abtransportiert werden konnte, wurde nachhaltig gelähmt oder vernichtet. Die von militärischen Kommandostellen angeordneten Zerstörungen erstreckten sich auf Fördergerüste, Maschinen, elektrische Anlagen und Gebäude. Die Wirtschaftsinspektion Süd war offensichtlich mit dem Ergebnis der Lähmungen und Zerstörungen sehr zufrieden und meldete in einem Lagebericht: „Die Kohlengruben wurden durch Sprengungen oder Ausbau wichtiger Anlageteile für eine Wiederinbetriebnahme in absehbarer Zeit unbrauchbar gemacht. Das Fehlen elektrischer Energie wird ein baldiges Erlaufen der Grubenanlagen zur Folge haben.“¹⁵⁰

Zug um Zug wurde ein Werk nach dem anderen ausgeschlachtet, soweit dazu noch Zeit war, und vernichtet. Am 2. September wurde das Hüttenwerk in Makejewka, am 3. in Kramatorsk und am 4. in Konstantinowka gesprengt. Da sich die militärische Lage sehr ungünstig entwickelte, gab die Heeresgruppe Süd am 6. September Zerstörungen auch westlich der sogenannten Schildkrötenstellung, bei der der Rückzug der deutschen Truppen zunächst hatte zum Stehen kommen sollen, frei¹⁵¹. Dies galt insbesondere für die Anlagen in Mariupol, die für die sowjetische Produktion außerordentliche Bedeutung hätten haben können. In den Asow-Werken waren hier bis zum 25. August die Aufbauarbeiten für das Iwan-Programm auf Hochtouren gelaufen¹⁵². Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost erhielt den Befehl, allen vorhandenen Sprengstoff aus Kriwoj Rog und Nikopol nach Mariupol zu senden, da dort keine ausreichenden Mengen zur Sprengung der großen Betriebe vorrätig waren¹⁵³. Aus Mariupol wurden mit Vorrang die im Rahmen des Iwan-Programms eingesetzten Maschinen zur Munitionsfertigung abtransportiert, während viele von der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost dort

¹⁴⁸ Vgl. Reichsvereinigung Kohle, Statistischer Bericht Nr. 13, S. 33 (Unternehmensverband Ruhrbergbau).

¹⁴⁹ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 18 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹⁵⁰ Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat September 1943, S. 5 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹⁵¹ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 6. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹⁵² Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat August 1943, S. 13 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹⁵³ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Anlageband Nr. 2, Zusammenfassender Bericht über die taktisch-wirtschaftliche Lage in der Zeit vom 29. 8. bis 4. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

hin gebrachten Ausrüstungsgegenstände an Ort und Stelle blieben¹⁵⁴. Demontierte „Iwan-Maschinen“ wurden zunächst nach Kriwoj Rog, später nach Deutschland verlagert, doch gelangten von ihnen nach dem Zeugnis des für die Durchführung des Iwan-Programms Verantwortlichen nur etwa 50 % ins Reich zurück¹⁵⁵. Nach der „planmäßigen Beendigung der Zerstörung der wirtschaftlichen Betriebe“¹⁵⁶ mußte Stalino am 7. September der Roten Armee überlassen werden. Noch am letzten Tage wurden 45 Räumungszüge herausgefahren. In fieberhafter Eile wurden die Sprengungen in den gefährdeten Orten durchgeführt: bereits am 8. September lagen in Mariupol die Werke Asow I und II in Trümmern¹⁵⁷. Am selben Tage erschien Hitler im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd in Saporoschje¹⁵⁸. Es liegt nahe, daß ein verschärfter Befehl, der drei Tage später auf einer Chefbesprechung der Wirtschaftsinspektion Süd bekanntgegeben wurde, im Zusammenhang mit diesem Besuch steht: ostwärts des Dnjeprs sollte eine 40 km breite Wüstenzone geschaffen werden¹⁵⁹.

Wie bei den Steinkohlenzechen so war auch bei den Werken der Eisenindustrie im Donezgebiet die Räumung nur zum kleinen Teil möglich, da zu wenig Zeit zur Verfügung stand und der erforderliche Frachtraum nicht gestellt wurde. Insgesamt wurden aus diesen Werken 415 Waggons mit Maschinen, Anlageteilen und wichtigen Materialien, darunter Ferrolegierungen, Asbest und andere NE-Metalle, zurückgeführt¹⁶⁰. Mit Ausnahme der Betriebe in Taganrog wurden alle nennenswerten Werke der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie durch Sprengung und Brand so nachhaltig zerstört, daß sie nach dem Urteil der Wirtschaftsinspektion Süd für einen Wiederaufbau durch die Sowjets ausfielen¹⁶¹.

Die Energieversorgungsanlagen mußten zur Sicherstellung der Räumung und zur Truppenversorgung in den meisten Fällen bis zuletzt in Betrieb gehalten werden. Ihre Demontage wurde dadurch äußerst erschwert. Infolge der militärischen Ereignisse ging die Stromabnahme im Donezgebiet nach dem 1. September sehr stark zurück. Die Höchstleistung der Energielieferung nach dem Donezbecken betrug in Saporoschje am 31. August 42 MW, am 3. September nur noch 8 MW. Am Abend des 6. September wurde die Leitung Saporoschje-Rykowo in Sapo-

¹⁵⁴ Vgl. Dr. Arthur Schildkötter in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 241, S. 2.

¹⁵⁵ Vgl. Edmund Geilenberg in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 212, S. 2.

¹⁵⁶ Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 6. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹⁵⁷ Ebenda, Eintragung vom 8. 9. 1943.

¹⁵⁸ Vgl. Erich von Manstein, a. a. O., S. 526.

¹⁵⁹ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 11. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹⁶⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 19 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹⁶¹ Ebenda.

roschje abgeschaltet¹⁶². Es bestand der ausdrückliche Befehl, daß dem Feind „auf alle Fälle“¹⁶³ die Energiegrundlage genommen werden müsse. Der größte Teil der Stromversorgungsanlagen wurde unmittelbar vor dem Abzug der Truppe zerstört, ohne daß vorher umfangreiche Ausbauten vorgenommen werden konnten. Immerhin wurden aus dem Donezgebiet insgesamt 67 Waggons mit Kraftwerks- und Netzbaumaterial, Transformatoren, Elektroden, Kabeltrommeln und NE-Metallen abtransportiert. Von größeren Anlageteilen gelang die Rückführung der Turbinen in Sugress und Kramatorsk¹⁶⁴.

In den geräumten Gebieten östlich des Dnjeprs wurden sämtliche Wasserwerke und die dazugehörigen Anlagen, z. B. Pumpstationen und Staudämme, restlos zerstört. Pumpen und Motoren wurden nicht abtransportiert, da es sich ausschließlich um wiederinstandgesetztes altes russisches Material handelte und die Maschinen bis zuletzt, vor allem für die Wasserversorgung der Eisenbahn, in Betrieb gehalten wurden¹⁶⁵.

Am 17. September ordnete das Oberkommando der Heeresgruppe Süd mit sofortiger Wirkung auch die Räumung der Dnjeprstädte an¹⁶⁶. Für den Abtransport von Maschinen und Materialien aus den Werken der Eisenindustrie und den Energieversorgungsbetrieben im Raum von Dnjepropetrowsk, Saporoschje, Kamenskoje und Kiew standen mehr Zeit und mehr Waggonraum zur Verfügung. Aus diesen Bezirken wurden an Räumungsgut der Eisenindustrie 3437 und an Räumungsgut der Elektrizitätswerke 518 Waggons abgefahren¹⁶⁷.

Nach Schätzung des kaufmännischen Leiters der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost, Abteilung Hüttenverwaltung Ukraine, gelangten insgesamt nur 20 % der in die Ukraine transportierten Hüttenmaschinen nach Deutschland zurück¹⁶⁸. Die Gesellschaft richtete zentrale Maschinenauffangstellen ein, die größte von ihnen in Gleiwitz, und forderte die Patentfirmen auf, alle Maschinen, Werkzeuge und Materialien dorthin zu dirigieren. Das Verfügungsrecht über die eingelagerten Rohstoffe und Halbfabrikate, wie Spiegeleisen, Stahleisen, Gießereiroheisen, Ferromangan und Ferrosilizium sowie sämtliche Walzwerkerzeugnisse lag ausschließlich beim Wirtschaftsstab Ost. Mit Nachdruck wies die Berg- und Hüttenwerks-

¹⁶² Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat September 1943, S. 6 f. (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹⁶³ Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 29. 8. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹⁶⁴ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 17 f. (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹⁶⁵ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Lagebericht für den Monat September 1943, S. 7 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

¹⁶⁶ Vgl. Wirtschaftsinspektion Süd, Kriegstagebuch Nr. 8 vom 1. 7. bis 30. 9. 1943, Eintragung vom 17. 9. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/413).

¹⁶⁷ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 18 f. (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹⁶⁸ Vgl. Dr. Heinrich Kuhlmann in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI A, Dok. P. P. 210, S. 3.

gesellschaft darauf hin, daß alles, was an Maschinen, sonstigem Gerät und Material bei der Auflockerung und Räumung aus den ukrainischen Betrieben zurückgeführt worden war, ohne Rücksicht auf frühere Eigentumsverhältnisse alleiniges Eigentum des Deutschen Reiches und deshalb die Ingebrauchnahme durch die Patenfirmer verboten sei, versicherte jedoch, daß bei dem in Kürze zu erwartenden Wiedereinsatz die Interessen der Paten berücksichtigt würden¹⁶⁹.

Die Rote Armee drang zügig vor und erreichte am 30. September den Dnjepr. Das Trümmerfeld, das die deutschen Truppen zurückließen, wurde ständig größer. Den Auftakt zu den gründlichen Zerstörungen, die auch in den Betrieben der Dnjeprstädte vorgenommen wurden, bildete die Sprengung von Munitionsfertigungsanlagen der Stahlwerke Braunschweig und des Aluminiumwerkes in Saporoschje¹⁷⁰. Hitler gab den ausdrücklichen Befehl, den Brückenkopf Saporoschje zu halten, um insbesondere das Dnjepr-Großkraftwerk nicht zu verlieren¹⁷¹. Doch auch diese Stadt mußte nach schweren Kämpfen aufgegeben werden. Im Kriegstagebuch der Wirtschaftsinspektion Süd findet sich unter dem 14. Oktober die Eintragung: „Im Zuge der Räumung des Brückenkopfes Saporoschje wird der Staudamm gründlich gesprengt und das Kraftwerk zerstört. . . Die Stadt Saporoschje wird aufgegeben und auch der Ostteil der Eisenbahnbrücke gesprengt.“¹⁷²

Der Inspekteur der Wirtschaftsinspektion Süd, Generalmajor Nagel, erklärte nach dem Kriege: „Was beim Rückzug durch die deutschen Truppen zerstört worden ist, hat bei weitem nicht den Umfang erreicht wie die russischen Zerstörungen bei deren Rückzug. Man kann sagen, daß die Russen weit „besser“ zerstört haben als die Deutschen.“¹⁷³ Die Lageberichte seiner Dienststelle vermitteln allerdings einen anderen Eindruck. Zum Beispiel meldete der Inspekteur nach der Räumung des Donezbeckens: „Sämtliche wichtigen Vorrichtungen zur Kohlenförderung, zur Eisenverhüttung und zur Weiterverarbeitung des Metalles sind gesprengt. Die großen Städte des Gebietes sind in Flammen aufgegangen und menschenleer. Die Ernte ist, soweit sie eingebracht werden konnte, abtransportiert oder vernichtet.“¹⁷⁴

Die Sprengungen von Werksanlagen wurden ausschließlich von militärischen Stellen, nicht von solchen der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost angeordnet. Als die Räumung des Donezgebietes begann, flog Pleiger unverzüglich in die Ukraine und suchte den Oberkommandierenden der Heeresgruppe Süd in dessen

¹⁶⁹ Vgl. Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost m.b.H. an alle Patenfirmer vom 1. 11. 1943, Nbg. Dok. NI-4437.

¹⁷⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Räumung des Donez-Gebietes, Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom 5. 11. 1943, S. 19 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/1506).

¹⁷¹ Vgl. Erich von Manstein, a. a. O., S. 545.

¹⁷² Kriegstagebuch Nr. 9 vom 1. 10. bis 7. 11. 1943 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/415).

¹⁷³ Hans Nagel in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentensbuch XI A, Dok. P. P. 208, S. 7.

¹⁷⁴ Vorbemerkung des Inspektors der Wirtschaftsinspektion Süd zum Lagebericht für den Monat August 1943, S. 1 (Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I D/414).

Hauptquartier auf. Pleiger vertrat im Hinblick auf das Schicksal der Industriebetriebe einen ganz anderen Standpunkt als die Militärs¹⁷⁶. Er befürwortete wohl nachhaltige, fachmännisch durchgeführte Lähmungen, die es den Sowjets auf absehbare Zeit unmöglich machen sollten, die wiedereroberten Werke in Gang zu setzen, da besonders wichtige und nur schwer zu beschaffende Aggregate ausgebaut worden waren, er ordnete auch die Demontage von Maschinen an, Sprengungen lehnte er jedoch entschieden ab. Seine Meinung war jedoch nicht maßgebend. Bei seiner letzten Inspektion einiger ukrainischer Fabriken, die noch kurz vor der Räumung erfolgte, wies er die Betriebsführer ausdrücklich an, keine Zerstörungen vorzunehmen¹⁷⁶. Pleiger rechnete mit der Möglichkeit, daß die deutschen Truppen den Abschnitt vielleicht doch in Kürze zurückeroberten, wie es ja auch im Februar/März 1943 bei Teilen des Donezgebietes der Fall gewesen war, und befürchtete, dann erneut vor der Aufgabe zu stehen, aus Schutt und Asche in kürzester Frist ohne ausreichende Hilfsmittel Produktionsstätten aufbauen zu müssen.

Nach dem Verlust des Donezgebietes und der Dnjeprstädte befanden sich noch immer sehr wertvolle Zentren der ukrainischen Industrie, vor allem Nikopol und Kriwoj Rog, in deutscher Hand. Doch es gelang nicht, den sowjetischen Vormarsch zum Stehen zu bringen, und es war nur noch eine Frage der Zeit, daß die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost auch die Mangan- und Eisenerzbergbaubetriebe würde räumen müssen. Die deutsche eisenschaffende Industrie mußte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Zufuhren aus Rußland, die seit der Eroberung im Durchschnitt fast 90 % des deutschen Manganverbrauchs gedeckt hatten¹⁷⁷, in naher Zukunft ausbleiben würden. Speer stellte Überlegungen an, welche Konsequenzen der weitere Rückzug der deutschen Truppen und die Räumung von Nikopol und Kriwoj Rog für die deutsche Kriegswirtschaft haben müßten. Am 30. September/1. Oktober 1943 hielt er Hitler Vortrag über die Bedeutung des Nikopoler Manganerzes für die deutsche Stahlerzeugung¹⁷⁸ und legte in einer Denkschrift vom 11. November dar¹⁷⁹, daß nach dem Verlust von Nikopol die Mangenvorräte im Reich unter der Voraussetzung, daß die Rohstahlerzeugung auf ihrer derzeitigen Höhe gehalten und die üblichen Produktionsverfahren beibehalten würden, den Verbrauch für elf bis zwölf Monate deckten. Er versicherte jedoch, daß die Reichsvereinigung Eisen die Garantie dafür übernehme, daß sie die Mn-Vorräte durch Einführung anderer Verfahren auf 18 Monate strecken könne. Da also abzusehen war, wann Mangel an Mangan zu einer Krise in der Qualitätsstahl- und damit Rüstungsproduktion führen konnte, gab Hitler alsbald

¹⁷⁶ Freundliche Mitteilung von Herrn Generalfeldmarschall a.D. Erhard Milch an den Verfasser vom 24. 7. 1971.

¹⁷⁶ Vgl. Gerhard Albert in: Pleiger-Verteidigungs-Dokumentenbuch XI B, Dok. P. P. 222, S. 3.

¹⁷⁷ Vgl. Jörg-Johannes Jäger, a.a.O., S. 205.

¹⁷⁸ Vgl. Konferenz Hitlers mit Speer vom 30. 9./1. 10. 1943, Punkt 21, Boelcke, a.a.O., S. 305.

¹⁷⁹ Bundesarchiv R 3/1514.

die Weisung, mit den Vorbereitungen zum Ausbau der Manganerzförderung in Bulgarien und Rumänien „sofort mit aller Energie zu beginnen“¹⁸⁰.

Im November 1943 hatte sich die militärische Lage so weit verschlechtert, daß der Chef des Wirtschaftsstabes Ost anordnete, Zerstörungen auch im Mangan- und Eisenerzbergbauggebiet vorzubereiten und dabei so zu verfahren, daß jede Unruhe in den Betrieben vermieden werde¹⁸¹. Hitler verlangte unter Hinweis auf die „kriegswirtschaftlich unabdingbare Notwendigkeit, die Manganerzvorkommen von Nikopol in der Hand zu behalten“¹⁸², verbissen von der Truppe, äußerst riskante Operationen durchzuführen. Aber der militärische Erfolg ließ sich nicht erzwingen. Nach schweren Kämpfen mußten Nikopol und Kriwoj Rog im Februar 1944 aufgegeben werden. Im Kriegstagebuch des OKW wird über die Räumung von Nikopol berichtet: „Die Gruben mußten, nachdem sie nachhaltig gesprengt worden waren, am 8. 2. dem Feinde überlassen werden. Soweit die Schächte nicht mehr gesprengt werden konnten, ersoffen sie.“¹⁸³

Unter der deutschen Besatzung wurden in Nikopol vom Herbst 1941 an 1,778 Mio. t Manganerze gefördert. In etwas mehr als zwei Jahren wurde also eine Ausbeute erzielt, die der sowjetischen Vorkriegsförderung von ungefähr einhalb Jahren entsprach. 475 000 t Konzentrate und 660 000 t Roherze wurden nach Deutschland abtransportiert. 40 000 t Konzentrate und 229 000 t Roherze mußten zurückgelassen werden¹⁸⁴.

Nach dem Verlust von Nikopol und Kriwoj Rog hatte die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost ihr Einsatzgebiet vollständig und endgültig verloren.

¹⁸⁰ Konferenz Hitlers mit Speer vom 16./17. 12. 1943, Punkt 1, Boelcke, a. a. O., S. 321.

¹⁸¹ Vgl. Nbg. Dok. NI-6371.

¹⁸² Erich von Manstein, a. a. O., S. 554.

¹⁸³ Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. IV/1, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Frankfurt/M. 1961, S. 936.

¹⁸⁴ Ebenda.